

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadruß

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Räumigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 22. Juni 1932

Die Länderkonferenz.

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die Pläne der Nazi-Barone - Kapitulation vor Hitler.

SPD. Die Länderkonferenz, die am Dienstag auf Veranlassung der Reichsregierung in Berlin zusammengetreten war, ist nachmittags nach mehrstündiger Beratung abgeschlossen worden. Sie hat zu einem positiven Ergebnis im Sinne der Reichsregierung nicht geführt. Die Vertreter fast aller Länder, mit Ausnahme der von Nationalsozialisten regierten Landesteile wie Braunschweig, Oldenburg und Anhalt, haben gegen die Pläne der Reichsregierung die schwersten Bedenken erhoben und diese Bedenken u.E. überzeugend begründet.

Die Vertreter der Länder werden nunmehr ihren Regierungen über den Gang der Konferenz berichten. Schon das zeigt, dass die gestrige Konferenz eine Entscheidung über den latenten Konflikt zwischen Reichsregierung und einzelnen Ländern nicht gebracht hat und die Entscheidung, ob der von dem Reichsinnenminister erhobenen Forderung auf Aufhebung insbesondere des Uniformverbots in allen Ländern jetzt entsprochen wird oder nicht, bei den Ländern liegt, die sich bisher aus guten Gründen geweigert haben, das Verbot zu widerrufen. Immerhin hat die Aussprache bereits gezeigt, wie die Entscheidung der Länderregierungen ausfallen wird und dass kaum ein Land von sich aus den Forderungen der Reichsregierung ohne weiteres nachkommen dürfte. Die blutigen Zusammenstöße, die seit der Aufhebung des SA-Verbots in fast allen Gegenden Deutschlands zu verzeichnen waren, warnen jeden verantwortlichen Politiker der von der Reichsregierung beschrittenen Weg nicht einzuschlagen. Nur dadurch, dass die uniformierten Rowdies von der Strasse gehalten werden, ist auf die Dauer Ruhe und Ordnung in Deutschland einigermaßen gewährleistet.

Die Reichsregierung will es anders! Sie ist der Gefangene Hitlers und seiner Konsorten. Sie bezeichnet sich als "überparteilich" und dennoch hat wohl selten eine Regierung der Nachkriegszeit so unter dem Kommando und unter dem Druck einer Partei gestanden wie die Regierung der Papenheimer. Dieser Eindruck ist nach unseren Informationen durch die Haltung des Reichsinnenministers während der gestrigen Länderkonferenz noch verstärkt worden.

Der latente Konflikt zwischen Reich und Ländern besteht also fort. Es bleibt die Frage, wie lange und auf welche Weise das Reich den Wünschen der Nazis gegen den Willen zahlreicher Landesregierungen Geltung verschaffen will und kann. Der Reichsinnenminister hat darüber in der gestrigen Konferenz einige Andeutungen gemacht, die auf schärfsten Widerspruch insbesondere der süddeutschen Ländervertreter gestossen sind. Zwar denkt die Regierung der Nazi-Barone nach Herrn von Gayl nicht an die Verhängung des Ausnahmezustandes oder anderer Zwangsmassnahmen. Sie sieht dafür weder eine Möglichkeit noch eine rechtliche Grundlage. Aber sie plant für den Fall, dass die Länder bei ihrer Auffassung bleiben, eine Ergänzung ihrer letzten politischen Notverordnung, sozusagen eine Verordnung gegen die Freiheit und die Selbstbestimmung der Länder. In dieser Verordnung soll bestimmt werden, dass die Länderbehörden

Uniform-, Demonstrations- und Versammlungsverbote nur örtlich und nur für eine kurze, in der Verordnung näher bestimmte Frist, aussprechen dürfen. Jedes Uniformverbot der Länder oder Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Umzügen soll unmöglich gemacht werden.

Das ist die Kapitulation der Regierung der Barone vor der Strasse! Diese Regierung ist hart und unbarmherzig wenn es gilt den Ärmsten der Armen, den Arbeitslosen, den Rentnern, den Kriegsbeschädigten, den Witwen und Waisen das kärgliche Dasein noch kümmerlicher zu gestalten. Sie ist taub und blind gegen die entsetzliche Not und gegen das Elend. Droht und verlangt aber Herr Hitler, dann wird diese Regierung der starken Männer weich und nachgiebig. Verlangt etwa der Führer dieser "Arbeiter"partei, die Not des Volkes möge gelindert werden? Nein, seine Sorge ist, dass die SA frei und ungehindert den Bürgerkrieg selbst in das letzte bayrische und badische Dorf tragen kann. In der Abwehr gegen diesen Plan stehen fast alle Landesregierungen gegen die Regierung der Nazi-Barone, die im Begriff steht eine geheime Abmachung mit Hitler zu erfüllen, ohne sich wahrscheinlich über die volle Tragweite ihrer Politik klar zu sein. Diese Politik ruft nach den blutigen Exzessen der letzten Tage für die Zukunft die schlimmsten Befürchtungen wach.

Die deutsche Arbeiterklasse hat als eine ihrer besten Ueberlieferungen die Ziele der deutschen Einheit und Freiheit, geschmiedet im Feuer des Jahres 1848, als bestes Vermächtnis übernommen und mit Gut und Blut bewahrt und gehütet bis zum heutigen Tag. Ohne Freiheit keine Einheit! Indem wir für diese Freiheit gegen Reaktion und Faschismus kämpfen, streiten wir zugleich für die Einheit und stehen hinter den süddeutschen Staaten. Die Freiheit ist in Gefahr, der Bürgerkrieg droht und will die Einheit des Reiches sprengen. Die Sozialdemokratie wird nicht kapitulieren.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt :

"Im Reichsministerium des Innern trat am Dienstag-Vormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni d.J. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Freiherrn von Gayl zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äusserten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluss der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt."

SPD. München, 22. Juni (Eig. Drahtb.)

Die vom bayerischen Innenminister Dr. Stützel über die Konferenz der Innenminister in Berlin informierte Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt über das Ergebnis dieser Beratungen:

"Der Reichsregierung kam es bei dieser Konferenz darauf an, die nationalsozialistisch untermauerten politischen Gesichtspunkte vor die Rechtserwägungen und Tatsachen zu stellen. Es wurden deshalb auch keine ernsthaften Rechtseinwände gegen das bayerische und badische Uniformverbot vorgebracht. Die landesrechtlichen Massnahmen der bayerischen Regierung gingen unbestritten

aus dieser Konferenz hervor. Alles Geschrei über Verfassungsbruch, Rechtsverletzung, Provokation des Reichspräsidenten, Separation ist damit ad absurdum geführt. Auch Länder, die kein Uniformverbot landesrechtlicher Natur erlassen haben, mussten zugeben, dass die bayerische Regelung den politischen Verhältnissen in Deutschland durchaus entspricht. Aber die neue Reichsregierung will oder darf die Gefahren nicht sehen. Sie muss darüber hinwegsehen, dass Parteiformen und Parteigruppen im Stile der SA und SS sich mit einem geordneten Staatswesen und mit dem Gedanken der Staatsautorität nicht vertragen. Sie will nichts davon wissen, dass die uniformierte nationalsozialistische Parteitruppe sich nicht etwa als Schutzmacht der Regierung Papen-Schleicher, sondern als die in Bereitschaft liegende Miliz der nationalsozialistischen Revolution faschistischen Musters fühlt. Die Reichsregierung will also aus politischen Gründen den Länderregierungen nicht mehr überlassen, in der Uniformfrage sich so zu verhalten, wie es ihnen Pflicht und Verantwortlichkeit für den anvertrauten Staat und ihr politisches Gewissen vorschreiben. Sie glaubt sich für befugt, die Landesrechte und die Landesgesetzgebung auf diesem wichtigen Gebiete einzuschränken, und sie scheint gesonnen zu sein, mit Hilfe des Artikels 48 sich ein Reichsrecht zu schaffen, das das Landesrecht ausser Kraft setzt.

Wir müssen uns nach dem Ergebnis der Länderkonferenz also auf einen schweren Eingriff der Reichsgewalt in die Länderrechte gefasst machen. Dabei übernimmt die Reichsregierung eine Verantwortung für die Weiterentwicklung der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland, die ihr voraussichtlich keinen Ruhmestitel in der deutschen Geschichte einbringen wird. Es dünkt uns ganz selbstverständlich, dass eine bayerische Regierung nicht in der Lage ist, den politischen Auffassungen der Reichsregierung hier irgendwie entgegenzukommen. Die Verantwortung für Massnahmen, die die Reichsregierung politisch für notwendig hält, muss sie ganz allein tragen, aber auch die Verantwortung für alle Folgen, die sich daraus ergeben."

SPD. Im Preussischen Landtag hat die Sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, der den Empfang von Vertretern der in- und ausländischen Presse durch Landtagspräsident Kerrl zwecks Mitteilung seines Schreibens an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hirtsiefer zum Gegenstand hat. In dem Antrag heisst es, gleichviel wie man sachlich zu diesen Fragen stehe, werde von niemandem bestritten werden können, dass es sich hier um rein innerdeutsche und innerpreussische Parteistreitfragen handle. Den ausländischen Pressevertretern in Berlin solle keineswegs das Recht genommen werden, sich aus den Korrespondenzbüros, denen das Kerrl'sche Schreiben gleichzeitig übergeben worden sei, oder sonst nach Belieben auch über den innerpolitischen Parteistreit in Deutschland zu unterrichten. Indem jedoch der Landtagspräsident die Vertreter der Auslandspresse ausdrücklich zu sich gebeten habe, um ihnen seine innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten mit der gegenwärtigen Preussischen Staatsregierung auseinanderzusetzen, habe er gewissermassen Ausländer zu Richtern im Streit zwischen Deutschen berufen und sich einer völlig unbegründeten Verletzung der deutschen Interessen schuldig gemacht. Der Landtag wolle daher beschliessen: Der Landtag missbilligt die Einladung von Vertretern der Auslandspresse zu der Konferenz, in der der Landtagspräsident Kerrl über seinen Streitbrief gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hirtsiefer berichtete; er erblickt in dieser Einladung eine Verletzung der nationalen Interessen des deutschen Volkes.

SPD. Stuttgart, 22. Juni (Eig. Drahtb.)

Gegen den Hungerkurs der Regierung von Papen hat die sozialdemokratische Fraktion im Württembergischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

"Der Landtag wolle beschliessen, das Staatsministerium zu ersuchen, beim Reiche die sofortige Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 zu fordern, weil sie a) den Erwerbslosen, den Unfallgeschädigten und sonstigen Sozialrentnern, ferner den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen grosse Opfer zumutet, b) die notleidenden kleinen und mittleren Existenzen in der Landwirtschaft, in Gewerbe und im Handel durch die Ausdehnung der Umsatzsteuer auf alle Umsätze unter 5 000 Mark im Jahre schwer belastet, c) auf den Massenverbrauch neue Abgaben legt, d) die kleinen Einkommen der Arbeiter und Angestellten sowie der unteren und mittleren Beamten zu einer Sondersteuer heranzieht, den Beziehern von Rieseneinkommen dagegen steuerliche Entlastung gewährt, e) durch diese Massnahmen die Kaufkraft der Massen noch mehr schwächt, das Wirtschaftsleben noch schärfer drosselt und die Arbeitslosigkeit vermehrt, aber auf jede Entlastung des Arbeitsmarkts durch Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsbeschaffung und bäuerliche Siedlung verzichtet."

SPD. Die Bundespressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit:

Die Nationalsozialisten verbreiten die Nachricht, dass am Dienstag in Breslau Polizeibeamte und Nationalsozialisten von Reichsbannerleuten durch Messerstiche schwer verletzt worden seien. Hierzu erklärt die Breslauer Polizei: Die Behauptungen, dass Polizeibeamte und Passanten durch Messerstiche verletzt worden seien, entsprechen nicht den Tatsachen.

Der Gau Volksstaat Hessen des Reichsbanners Schwarzrotgold übermittelte dem Reichspräsidenten telegrafisch eine ausserordentlich umfangreiche Zusammenstellung von Einzelfällen unerhörten nationalsozialistischen Terrors in Hessen. Der Reichspräsident teilte dem Reichsbanner mit, dass er das ihm zugeleitete Material dem Reichsminister des Innern zur weiteren Veranlassung überwiesen habe.

SPD. Oldenburg, 22. Juni (Eig. Drahtb.)

Als die Nationalsozialisten im oldenburgischen Landtag eine parlamentarische Minderheit darstellten, konnten sie nicht laut und nicht oft genug die Forderung nach Fachministern in der deutschen Politik erheben. Jetzt, da sie selber die Landesregierung übernommen haben, denken sie nicht im Entferntesten daran, zu ihren früheren grossen Worten zu stehen. Den Platz des Ministerpräsidenten haben sie mit ihrem bisherigen Gauführer Röver besetzt, der aus dem Kaufmannsstande hervorgegangen ist und keinerlei sonstige fachliche Vorbildung für dieses Amt besitzt. Zum oldenburgischen Bevollmächtigten beim Reich machten sie den Reichstagsabgeordneten Spangemacher, der Redakteur am Oldenburger Naziblättchen ist und von Verwaltungs- und juristischen Dingen keine blasse Ahnung hat. Der bisherige fachliche Vertreter in Berlin, der Staatsrat Ahlhorn, wurde abberufen.

Der vielgeschmähte Nichtfachmann und der "Parteibuchmann" sind also, nachdem die Nazis erst an der Macht sind, im Handumdrehen rehabilitiert worden. Ein Vorgang, den man sich angesichts der Agitationsredereien dieser Leute merken sollte.

SPD. Hannover, 22. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Südstadt Hannovers, das Beamtenviertel, in dem die Nazis sich besonders stark fühlen, weil die Arbeiterschaft nur eine Minderheit darstellt, war in der Nacht zum Mittwoch wiederholt der Schauplatz nationalsozialistischer Exzesse. Man hatte einen grossen Schlag geplant. Eine Reichsbannerkammeradschaft sollte beim Verlassen ihres Versammlungslokals in eine Nebenstrasse gedrängt und dort "erdrückt" werden. So hatten sich bereits am Dienstag-Nachmittag SA-Leute geäussert. Es waren deshalb grössere Trupps von SA-Leuten in den verschiedenen Nazilokalen zusammengezogen.

Einem Nazilokal gegenüber liegt das ehemalige städtische Waisenhaus, in dem jetzt Notwohnungen eingerichtet sind und in dem auch Kommunisten wohnen. Ohne jede Veranlassung versuchte gegen 20 Uhr die SA in Stärke von 50 Mann einen regelrechten Sturm auf das Haus durchzuführen. Die Rowdies wurden jedoch von den Bewohnern daran gehindert und einige Zeit später von einem Ueberfallkommando zerstreut. Durch diese "Voreiligkeit" eines Sturmes wurde der Ueberfall auf die Reichsbannerkameraden vereitelt. Sie waren gewarnt. Um 21.15 Uhr versuchten SA-Leute einen zweiten Sturm auf das ehemalige Waisenhaus, der ebenfalls abgeschlagen wurde. Diesmal wurde ein parteiloser und unbeteiligter junger Mann, der sich in Sicherheit bringen wollte, von einem SA-Mann erheblich am Auge verletzt. Inzwischen waren auch die in anderen Nazilokalen stationierten SA-Leute zum Angriff übergegangen. Sie drangen in die See- und Lutherstrasse ein und versuchten einzelne Reichsbannerkameraden, die auf dem Heimweg waren, zu überfallen. Jedoch traf hier, bevor es zum Handgemenge kam, der Ueberfallwagen der Polizei ein. Sechs SA-Rowdies konnten festgenommen werden. Es wurden Revolver, Schlagringe, Totschläger und andere Waffen gefunden. Gegen 11 Uhr zog wieder ein Trupp von über 100 Mann in geschlossener Kolonne durch die Seestrasse und machte, allerdings erfolglos, Jagd auf Republikaner.

Auch in dem Arbeiterviertel Linden kam es wiederholt zu Zwischenfällen. Ein besonders schwerer Auftritt war vor der Eisstube eines durch Schimpfereien und Provokationen bekannten Naziführers zu verzeichnen. In der Eisstube selbst hatten sich Käufer durch Äusserungen des Inhabers beleidigt gefühlt, wodurch es zu Auseinandersetzungen gekommen war. Der Nazi machte kurzen Prozess, zog seine Schusswaffe und schoss wild um sich. Mehrere Personen wurden verletzt. Infolgedessen bemächtigte sich der Bevölkerung grosse Aufregung. Das Ueberfallkommando nahm verschiedene Personen fest.

SPD. Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschloss am Mittwoch bei dem Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses, dem nationalsozialistischen Abgeordneten Gregor Strasser, die Einberufung des Ueberwachungsausschusses zu beantragen. Auf die Tagesordnung soll gesetzt werden 1. Stellung zur Notverordnung und 2. Sicherung der Wahlfreiheit.

Da nunmehr Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrum und Staatspartei die Einberufung des Ueberwachungsausschusses verlangen und sie eine Mehrheit der Abgeordneten vertreten, wird dem schweigsamen Herrn Strasser, der bisher nicht einmal eine Antwort auf die Anträge auf Einberufung gegeben hat, nichts anderes übrig bleiben als den Ausschuss einzuberufen. Geschieht das binnen weniger Tage nicht, so wird der Präsident des Reichstags die Einberufung veranlassen.

SPD. Frankfurt/M., 22. Juni (Eig. Dr.)

Die seit zwei Tagen andauernden terroristischen Uebergriffe der nationalsozialistischen Studenten an der Frankfurter Universität führten am Mittwoch zu heftigen Zusammenstößen.

Etwa 200 uniformierte SA- und SS-Nazis, also meist universitätsfremde Elemente, besetzten die Rampe der Universität und sangen das Horst Wessel-Lied, nachdem ein Nazistudent vom Universitätsbalkon aus Reden gehalten hatte. Darauf drangen die Nazis in die Universität ein und schlugen ohne jede Veranlassung wahllos mit Totschlägern, Koppeln und Dolchmessern auf die republikanischen Studenten ein. Die Polizei konnte die Universitätshalle nicht räumen, da der Rektor der Universität die Erlaubnis dazu verweigerte. Der Rektor ordnete vielmehr die vorübergehende Schliessung der Universität an. Dann wurde das Gebäude rasch geräumt.

Im Anschluss an diese Vorgänge kam es zu Zusammenstößen in der Nähe des Universitätsgebäudes zwischen Nationalsozialisten und Polizei, bei denen einem Beamten der Tschako mit einem harten Gegenstand zerschlagen und eine schwere Kopfwunde zugefügt wurde. Zahlreiche Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Der Hausmeister der Universität erlitt im Gedränge eine klaffende Kopfwunde.

An den Reichspräsidenten, den Reichsinnenminister und den preussischen Unterrichtsminister wurde von den republikanischen Verbänden Frankfurts folgen des Telegramm gerichtet: "Die bisher völlig ruhige Universität Frankfurt am Main ist seit zwei Tagen Schauplatz wüster Kundgebungen und Angriffen der SA und SS. Obgleich am Dienstag mit den Nationalsozialisten vereinbart, ohne Uniform in der Universität zu erscheinen, besetzten am Mittwoch-Morgen Kolonnen uniformierter SA und SS erst den Vorplatz und drangen später in die Räume der Universität ein. Hier schlugen sie auf andersgesinnte Studentinnen und Studenten mit Totschlägern und Koppeln ein. Es gab Verletzte und Schwerverletzte. Die Schlägereien setzten sich auf der Strasse fort. Der Rektor schloss die Universität. Republikanische Bevölkerung und Studenten von Frankfurt am Main protestieren gegen Terror und Gesetzesverletzung der SA und SS und fordern staatliches Eingreifen."

SPD. Die Bundesleitung des Reichsbanners hat an den Reichsminister des Innern ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die Mordhetze des Berliner Nazi-Blattes protestiert wird. In dem Telegramm heisst es u.a.:

"Nach masslosen Beschimpfungen wird in zweisepaltiger Ueberschrift von Mordüberfällen des Reichsbanners und der Kommune gesprochen, ohne dass in den nachfolgenden Ausführungen auch nur ein einziger das Reichsbanner betreffende Fall angeführt werden kann, sondern nur von Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten die Rede ist. Der Bundesvorstand des Reichsbanners legt entschiedene Verwahrung ein gegen diese bewusst auf Schaffung einer Bürgerkriegsatmosphäre gerichtete Hetze und fordert Einschreiten des Reichsinnenministeriums als verantwortliche Stelle."

SPD. Genf, 22. Juni (Eig. Drahtb.)

Die amerikanische Initiative zur Ueberwindung des kritischen Zustandes der Abrüstungskonferenz hat am Mittwoch ihren Höhepunkt erreicht mit der Verlesung einer Botschaft des Präsidenten Hoover durch Botschafter Gibson in der öffentlichen Sitzung der Generalkommission.

In dieser Botschaft ist ein neuer Gesamtorschlag zur Abrüstung enthalten, der deutliche und praktische Ziffern nennt. In manchen Punkten geht der Vorschlag über die bisher als mögliche Einigungsbasis genannten Angaben hin-

aus, doch bleibt er gerade in der Flottenfrage auffallend hinter den Erwartungen zurück. Die sensationelle Art, in der die Botschaft plötzlich vor die Konferenz gebracht wurde, kann nicht verwischen, dass dadurch die eine der amerikanischen Thesen in den Vordergrund geschoben werden soll, dass nämlich die Einsparungen Europas an den Rüstungen die beste Art zur Abtragung seiner Schulden darstellt. So wird von Hoover selbst die Einigung in der Abrüstung vor jede Diskussion über einen möglichen Schuldennachlass gestellt und Amerikas Haltung in dieser zweiten Frage bleibt nach wie vor vollkommen offen. Die Aufnahme des Vorschlages Hoovers war im allgemeinen zurückhaltend trotz des starken Höflichkeitsbeifalls, der die Verlesung abschloss. England, Frankreich und Japan machten stärkste Bedenken geltend, Spanien wünschte weitergehende Abmachungen, nur Russland und Italien nahmen Hoovers Botschaft in vollem Umfange an, während Deutschland seine weitergehenden Anträge über den Hoover-Vorschlag stellte.

Die Botschaft Hoovers erklärt eingangs, Details müssten jetzt endlich beiseite gelassen und eine grosszügige Methode für die Herabsetzung der Rüstungslasten angewandt werden. Das würde den wichtigsten Schritt für die wirtschaftliche Erholung darstellen und in den nächsten zehn Jahren eine Verschwendung von mindestens 10 Milliarden Dollar der Welt ersparen. Folgende Prinzipien müssten die Arbeiten leiten: Rüstungen dürften nur zur Verteidigung verwandt werden, was den grössten Wert des Kellogg-Paktes darstellt. Die Verteidigungskraft müsse durch Schwächung der Angriffskraft erhöht werden. Herabsetzungen müssten die Relativität der Waffen untereinander berücksichtigen. Die Herabsetzungen müssten konkret und wirksam sein sowie zu einer wahrhaft wirtschaftlichen Entlastung führen. Alle Land-, See- und Luftrüstungen seien abhängig voneinander, deshalb dürfe kein Kapitel der Vorschläge von anderen getrennt werden. Von diesen Grundsätzen ausgehend schlage Amerika eine Herabsetzung der Weltrüstungen um ungefähr ein Drittel vor.

Für die Landrüstungen: Totalabschaffung aller Tanks, beweglichen schweren Artillerie und Verbot des chemischen Krieges, ohne damit die Festungen zu begrenzen; Herabsetzung jeder Landarmee um ein Drittel, soweit sie die Polizeikräfte übersteigt. Hoover gibt hier nochmals die Präzisierung des bekannten amerikanischen Vorschlages, der die Heere in eine innere Polizeimacht und eine äussere Verteidigungsmacht einteilt. Der Versailler Vertrag habe Deutschland mit 65 Millionen Einwohnern eine Polizeimacht zur Wahrung der inneren Ordnung von 100 000 Mann zugesprochen. Er schlage daher vor, dass alle Staaten als Heer, das den Bedürfnissen der Polizeigewalt entspreche, eine bewaffnete Macht annehmen, die der Deutschlands proportionell sei. Für die Kolonien könnten Modifizierungen erfolgen. Alles darüber hinaus solle um ein Drittel herabgesetzt werden.

Für die Luftrüstungen: Abschaffung aller Bombenflugzeuge und Verbot jedes Luftbombardements.

Für die Seeabrüstung: Herabsetzung um ein Drittel der Zahl und Gesamttonnage der durch Verträge festgesetzten Schlachtschiffe, Verminderung um ein Viertel der Flugzeugmutterchiffe, der Kreuzer und Torpedojäger, Verminderung um ein Drittel der U-Boottonnage, sodass kein Staat mehr als zusammen 35 000 Tonnen U-Boote behalte. Da England, Amerika und Japan die Grenzen ihrer Kreuzer, Torpedo-Jäger und U-Boote durch den Londoner Vertrag bestimmt hätten, könnten die Seestreitkräfte Frankreichs und Englands so berechnet werden, als seien sie in den Londoner Vertrag eingeschlossen.

Nach Verlesung der Botschaft gab Gibson noch einige wichtige technische Erläuterungen. Er zählte die Opfer auf, die Amerika zu bringen bereits sei. Es verpflichte sich, als Teil dieses Programms mehr als 300 000 Tonnen Kriegsschiffe zu zerstören und auf den Bau von mehr als 50 000 Tonnen zu verzichten. Zu Lande würden in Amerika mehr als 1000 schwere Geschütze und 900 Tanks betroffen sowie in der Luft 300 Bombenflugzeuge.

Als erster Redner dankte Sir John Simon-England dem amerikanischen Präsidenten, dass er in diesem kritischen Augenblick der Abrüstungskonferenz einen neuen Weg geöffnet habe, doch müsste sein Vorschlag in die richtige Beziehung zu den Tatsachen gebracht werden.

Paul Boncour bezeichnete die Vorschläge als zu einfach. Er nehme sie als Ausdruck der Ungeduld über die Langsamkeit der Beratungen hin. Es sei Heuchelei, wolle man die Schwierigkeiten verkennen, vor denen die Konferenz augenblicklich stehe. Zu ihrer Ueberwindung seien die privaten Verhandlungen angeleitet worden. Man habe dabei ein Minimum von Punkten aufstellen wollen, das als erster Schritt zur Abrüstung durchführbar gewesen wäre. Hoovers Vorschläge, obwohl sie den Wunsch der Völker der ganzen Welt ausdrückten, müssten im Zusammenhang mit der Organisierung eines Systems der internationalen Sicherheit behandelt werden. Unter diesem Vorbehalt gehe Frankreich soweit als irgend möglich. Ferner könne die einfache und allgemeine Regel Hoovers nicht ohne Ungerechtigkeit auf starke und schwache Staaten gleichmässig angewandt werden und schliesslich habe Frankreich unmittelbar nach Locarno seine Dienstzeit herabgesetzt und freiwillig seine Armee weiter vermindert als es heute von Hoover vorgeschlagen werde. Ohne Rücksichtnahme auf die Entwicklung der inneren Kräfte eines Landes könne man eine so allgemeine Regel der Verminderung um ein Drittel nicht anwenden ohne eine Ungerechtigkeit gegen die Länder mit geringen Hilfsmitteln zu begehen. Lade man zu einer so weitgehenden Herabsetzung ein, so frage er nach den Sanktionen, die für den Angreifer vorgesehen seien. Frankreich versichere nochmals, dass auch dieser Vorschlag an die Organisierung der internationalen Sicherheit untrennbar gebunden sei.

Litwinow stellte Russlands Bereitschaft zu jeder Art und jeder Methode fest, wenn sie nur eine wirkliche Abrüstung bringe. Erst wenn alle Delegationen hier das gleiche erklärt hätten, könne das Werk der Konferenz überhaupt als begonnen angesehen werden. Es sei endlich Zeit diesen Anfang zu machen. Er wünschte deshalb die Diskussion nicht zu lange zu verschieben.

Für Deutschland gab Nadolny anstelle des ebenfalls anwesenden Aussenministers von Neurath eine Erklärung ab, die wenig Eindruck machte. Er begrüßte Hoovers Vorschlag mit Genugtuung, doch sei er sehr gemässigt. Deutschland sei viel weiter gegangen und habe viel energischere Massnahmen gefordert. Je weiter abgerüstet werde, umso eher werde man die Rechtsgleichheit der Staaten herstellen, die der Völkerbundspakt vorsehe.

Madsudeira-Japan verwies die Land- und Luftabrüstungsanschläge Hoovers in die privaten Verhandlungen, während die See-Vorschläge vor allem in Verhandlungen zwischen den am Londoner Abkommen direkt interessierten Mächten geprüft werden müssten.

Grandi überraschte mit einer jener effektvollen Posen, die das faschistische Italien in gefahrlosen Situationen stets geschickt anzubringen weiss. Im Namen seines Regierungschefs erklärte er, dass Italien unverändert und in seiner ganzen Tragweite den amerikanischen Vorschlag annehme. Diese Annahme sei ohne jede Bedingung und gelte für alle praktischen Auswirkungen. Italien sei ein gut gerüstetes Land. Indem es die amerikanischen Vorschläge annehme, bringe es ein wirkliches Opfer in der Ueberzeugung, dass nur dadurch der Weltfrieden gesichert werden könne. Vor einem Jahr habe Hoover den Weg zur Schuldenregelung und wirtschaftlichen Erholung geöffnet, heute öffne er den Weg zu einer wirklichen und segenreichen Abrüstung. (Stürmischer, minutenlang anhaltender Beifall sämtlicher Delegationen und der Galerien.)

Das Ergebnis der Aktion, an der mit Ausnahme von Herriot, MacDonald und von Papan sämtliche hier anwesenden führenden Staatsmänner und die Delegationen vollzählig sowie die Presse teilnahmen, war die nüchterne Einreihung des Hoover-Vorschlags in die Verhandlungsgegenstände der privaten Aussprachen, die am Donnerstag fortgesetzt werden sollen. Die Generalkommission wird erst wieder zusammentreten, wenn diese Aussprache zu vorschlagsreifen Ergebnissen geführt hat.

SPD. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat in ihrer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung einstimmig eine längere Entschliessung angenommen, in der sie "auf das schärfste gegen die durch die Massnahmen des Kabinetts von Papen hervorgerufene Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und gegen die Eröffnung einer neuen Welle von Gewalttätigkeiten von links und rechts protestiert".

Am Schluss der Entschliessung heisst es: "Um schwerste Gefahren für die Nation zu verhüten, erwartet die Zentrumsfraktion gemäss der Ankündigung des Herrn Reichspräsidenten unverzügliches und wirksames Einschreiten der Reichsregierung im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die friedliebende Bevölkerung verlangt, dass der beginnende Wahlkampf frei von gewaltsamen Beeinflussungen vor sich gehen kann und dass die politischen Massregeln der Länder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung seitens der Reichsregierung keine Beeinträchtigung erfahren".

SPD. Brüssel, 22. Juni (Eig. Drahtb.)

In dem grossen belgischen Kohlenrevier des Borinages ist infolge der von den Zechenbesitzern vorgenommenen Lohnherabsetzung von 5 Prozent eine grosse Streikbewegung ausgebrochen. Der Streik wird von den Kommunisten geführt und steht im Widerspruch zu den vom Bergarbeiter-Kongress angenommenen Richtlinien, wonach ein Lohnabschlag von 5 Prozent angenommen und nur gegen weitergehende Vorstösse der Unternehmer Widerstand organisiert werden soll. Die Leitung des Bergarbeiter-Verbandes bemüht sich, beruhigend auf die Gemüter zu wirken und durch Verhandlungen mit der Regierung und den Zechenbesitzern die Grundlage für einen Ausgleich zu finden. Die Kommunisten haben alle ihre Agitatoren in das Revier gesandt, die gestützt auf die anhaltende Teilarbeitslosigkeit und die Wirkungen der Wirtschaftskrise versuchen, die Bergarbeiterbevölkerung gegen den Verband aufzurühren. Hier und da besteht die Gefahr ernster Zusammenstösse.

SPD. Paris, 22. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Mittwoch vormittag ohne Debatte die Zusammensetzung der ständigen Kammerkommissionen gemäss den Vorschlägen der Fraktionen gebilligt. Am Nachmittag traten zahlreiche Kommissionen zusammen, um ihre Vorsitzenden zu wählen. Da die Linksparteien in sämtlichen Kommissionen die absolute Mehrheit der Sitze inne haben, fiel die Wahl in den meisten Fällen auf Radikale oder Sozialisten. So wurden der Radikale Malvy von der Finanzkommission, der Radikale François Albert vom Auswärtigen Ausschuss, der Radikale Hesse vom Gesetzgebungsausschuss, der Sozialist Compère-Morel von der Ackerbaukommission und der Sozialist Pié von der Kommission für soziale Versicherung und Fürsorge zu Vorsitzenden gewählt. In der Heereskommission hat die Mehrheit den früheren Vorsitzenden Abg. Fabry von der neuen Tardieu-Gruppe wiederwählen lassen.

Am Freitag nachmittag beginnt in der Kammer eine Interpellations-Debatte über die Arbeitslosigkeit.

SPD. Die Nationalsozialisten wollen um jeden Preis an den Arbeitslosen ihr Arbeitsdienstpflicht-Experiment ausprobieren und wenn die Nazis etwas wollen, kann die Regierung Papen natürlich nicht Nein sagen. Geplant ist infolgedessen die Ernennung eines Reichskommissars für den Arbeitsdienst, und diesem Reichskommissar soll ein Beirat zur Seite stehen. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit lässt man verlauten, dass für den Posten des Reichskommissars ein ganz unpolitischer Sachkenner in Frage komme.

Der Arbeitsdienstpflichtspezialist der Nazis, Herr Oberat a.D. Hierl, musste sich also noch etwas gedulden und einatweilen mit einem Platz im Beirat vorliebnehmen. Neben ihm sollen in dem Beirat vertreten sein Generalmajor a.D. Faupel

vom Volksbund für Arbeitsdienst und Vertreter des Jungdeutschen Ordens, des Stahlhelms und der konfessionellen Jugendverbände. Vom Reichsbanner ist bisher keine Rede.

Die Regierung Papen muss mit einer solch einseitigen Zusammensetzung des Beirats ihren Arbeitsdienstplan von vornherein in Misskredit bringen. Aber die Nazis wollen ja keinen freiwilligen Arbeitsdienst, sondern nur Arbeitsdienstpflicht, und daher wollen sie das Reichsbanner nicht im Beirat haben.

SPD. Stuttgart, 22. Juni (Fig.Drahtb.)

Im Finanzausschuss des Württembergischen Landtags fand eine grosse Aussprache über Arbeitsbeschaffung, Siedlungsfragen und Notstandsbekämpfung statt.

Wirtschaftsminister Dr. Maier führte Beschwerde über das Reich, das bei der neuesten Verteilung der den Gemeinden zugedachten Summe von 672 Millionen an Württemberg hiervon nur 2,9 Millionen auszahle, während ihm nach dem Schlüssel des Steueraufkommens 26 Millionen zustehen. Aus Württemberg seien von 1927 bis zum 31. März 1932 insgesamt 42 Millionen Mark Ueberschussleistungen an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung usw. geflossen. Der Kampf gegen diese Unge- rechtigkeit habe neben anderem auch beim Besuch des Staatspräsidenten beim Reichspräsidenten eine erhebliche Rolle gespielt. Man habe wenigstens erreicht, dass der Stichtag für den Verteilungsschlüssel des Reichs nicht mehr der 1. Oktober 1930, sondern dass er beweglich sei, sodass im Winter grössere Beträge geleistet werden als im Sommer. Aber der Kampf um eine gerechtere Zuteilung müsse weiter gehen.

SPD. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat an die nationalsozialistische Fraktion zur Frage der Wahl des Landtagspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

"Das Zentrum hat vor vier Wochen seine Bereitwilligkeit, der grössten Fraktion den ersten Präsidenten zu geben, hinlänglich bekundet. Heute wiederum den nationalsozialistischen Präsidenten zu wählen, ist der Zentrumsfraktion unter dem Eindruck der zwischenzeitlich erfolgten masslosen Beschimpfungen des Zentrums seitens der nationalsozialistischen Fraktion und Presse, namentlich aber im Hinblick auf die unerhörten Angriffe des Fraktionsvorsitzenden Kube in der letzten Sitzung nicht möglich. Unter dem frischen Eindruck dieser Vorkommnisse kann man heute der Zentrumsfraktion nicht zumuten, Herrn Kerl zu wählen. Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Misstrauensantrag wird das Zentrum weisse Zettel abgeben. Wir stellen es der NSDAP anheim, aus dieser Lage die ihr zweckdienlich erscheinenden Konsequenzen zu ziehen."

SPD. Paris, 22. Juni (Eig. Drahtb.)

Auf einem Feld bei Cabannes in der Nähe von Marseille ist es am Mittwoch zu einer regelrechten Sensenschlacht zwischen sechs Mitgliedern einer Bauernfamilie gekommen, bei der zwei Männer und eine Frau getötet wurde. Eine vierte Person wurde lebensgefährlich verletzt, die übrigen kamen mit geringeren Verletzungen davon. Die Ursache dieser Familientragödie ist eine Geldangelegenheit, die die Familie schon seit längerer Zeit in zwei Lager gespalten hat.

SPD. Der Preussische Landtag nahm am Mittwoch die endgültige Wahl seines Präsidiums vor. Erster Präsident wurde bei Stimmenthaltung des Zentrums mit 197 Stimmen der Nationalsozialist Kerrl. Die Sozialdemokratie ist in dem Präsidium nicht vertreten.

Als ersten Vizepräsidenten schlugen die Nationalsozialisten den Deutschen Nationalen v. Kries vor. Zentrum, Sozialdemokraten und Staatspartei stimmten für den sozialdemokratischen Abgeordneten Wittmaack. Da die Kommunisten ungültige Zettel abgaben, wurde Kries mit 182 Stimmen gegen 174, die auf Wittmaack entfielen, gewählt. Zweiter Vizepräsident wurde der Zentrumsabgeordnete Baumhoff mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie. Die Kommunisten gaben für ihren eigenen Kandidaten 53 Stimmen ab. Deutschnationale und Nationalsozialisten enthielten sich. Baumhoff erklärte, dass er sich seine Entscheidung über die Annahme der Wahl vorbehalten. Dritter Vizepräsident wird der Nationalsozialist Haake. Bei dieser Wahl beteiligten sich Zentrum und Sozialdemokraten nicht mehr an der Abstimmung, während die Kommunisten wiederum für ihre eigenen Kandidaten stimmen.

Am Schluss der Mittwoch-Sitzung des Landtags entspann sich noch eine lebhaft Geschäftsordnungs-Debatte, als der Deutschnationale Abg. Borck fragte, warum auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung nicht die Wahl des Ministerpräsidenten gesetzt sei. Kube von den Nationalsozialisten macht auf diese Anzapfung einiges Verlegenheitsgestammel und sagte, die Kommunisten sollten doch froh sein, einstweilen noch keine Nazi-Regierung am Ruder zu sehen, da ihnen sonst das Mordhandwerk in Berlin gelegt würde, dem der Polizeipräsident Grzesinski ruhig mit zusehe. Unter stürmischem Beifall der Sozialdemokraten wandte sich Grzesinski gegen diese nationalsozialistische Verdächtigung. "Wenn alle Parteien ihre Anhänger zur Selbstbeherrschung ermahnen wollten," schloss Grzesinski, "liess sich das Blutvergiessen leicht einschränken. Abg. Pieck (Komm) erklärte, auf diese Worte Grzesinskis: "Wir rücken von allen Gewalttätigkeiten ab."

Der Antrag der Deutschnationalen, die Wahl des Ministerpräsidenten in der nächsten Sitzung vornehmen zu lassen, wird gegen Deutschnationale und Kommunisten abgelehnt. Die Nationalsozialisten stimmten den Antrag nieder!

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Ministermord!

24. Juni 1922/1932 - Die Schüsse auf Walther Rathenau - Wenn der Massenzorn erwacht....

SPD. Zehn Jahre sind vergangen. Ein strahlender Sommervormittag lag über der Welt, als eine Schreckenskunde durch alle deutschen Städte und Dörfer, durch die ganze Welt ging und auch die Müdesten und Schläfrigsten aufrüttelte und empörte: Walther Rathenau war in der Nähe seiner Wohnung, in der Königsallee im Grunewald, von nationalistischen Mordbuben erschossen worden. Eine Welle des Zorns und der Kampfleidenschaft flutete durch die Millionenarmee der Republikaner; in riesigen Demonstrationen gab das Volk seinem elementären Willen zu Freiheit und Demokratie Ausdruck. Der Mann, der seiner menschlichen Gesinnung in jener tiefempfundenen Ansprache Ausdruck gegeben hatte, die mit dem Wort "Frieden" schloss, war den nationalistischen Gesellen der berüchtigten Organisation C. des Kapitäns Ehrhardt ein Dorn im Auge; es waren die Vorläufer der heutigen Nazis, die auch schon damals mit Totschlag und Überfall, mit feigen Schüssen aus dem Hinterhalt, ihre verhängnisvolle Blutbahn gingen. Helfferich hetzte -, und so nahm das Unheil seinen Lauf.

Mordtraining bei Cognac und Wein.

Die Täter und hauptsächlichlichen Mitwisser waren: der 25jährige Erwin Kern, ein früherer Seeoffizier, der 25jährige Ingenieur Hermann Fischer, der 21jährige Ernst Werner Techow, Sohn einer Berliner Magistratsfamilie, ein 16jähriger Jüngling namens Gert, der Bruder Ernst Werner Techows und schliesslich ein notorischer Psychopath, der fahnenflüchtige Günther. Am 18. Juni entwarfen die Mörder in der Wohnung der Frau Techow den Attentatsplan; am 20. Juni sass man im Steglitzer Ratskeller zusammen, um bei Wein und Likör den Kriegsplan in den Details auszuarbeiten. Am 21. Juni trafen sich Kern, Fischer, Günther und Ernst Werner Techow, nachdem sie sich von dem Fabrikanten Küchenmeister einen sechssitzigen Kraftwagen ausgeborgt hatten, um nach dem Grunewald zu fahren, wo sie sich "einschossen." Am Vorabend des scheusslichen Mordes trainierten die Verbrecher auf ihren Anschlag durch eine solenne Kneiperei. Wein, Cognac und Bier flossen in erheblichen Mengen; man wurde schliesslich in später Abendstunde sentimental, wie ja so oft in der Raubritterpsyche der Hakenkreuzdesperados Bestialität und Sentimentalität nahe beieinander wohnen.

Maschinenpistole und Eierhandgranate.

Am 24. Juni vormittags gegen 1/2 11 Uhr fuhr Rathenau in einem offenen, nicht sehr beweglichen Wagen in sein Amt. Die Verschwörer lauerten mit ihrem Kraftwagen in der Königsallee und zwar an einer Stelle, an der die Strasse eine Kurve macht und deshalb die Autos ihr Tempo verlangsamen müssen. Als Rathenaus Wagen erschien, fuhren die Mörder los und überholten das Auto des Ministers an der Kurve. Sie drängten den Wagen stark nach links. Als sich Rathenau in seinem offenen Wagen vorbeugte, um nach dem anderen Auto zu sehen, gab Kern aus nächster Entfernung aus seiner Maschinenpistole Feuer. Mit einem Aufschrei sank der Minister zusammen. Nachdem Kern sein Magazin leergeschossen hatte, warf Techow noch eine Eierhandgranate. Dann rasten die Mörder in wilder Geschwindigkeit davon, während das Blut des ermordeten Ministers auf den Boden des Wagens niederfloss...

Der Feind steht rechts!

Die Empörung des Volkes war gewaltig. Auch im Reichstag gingen die Wogen der Bewegung hoch. Tosende Entrüstungsrufe gegen die rechtsradikalen Mordhet-

zer wurden laut. Und inmitten dieser leidenschaftlichen, anklägerischen Stimmen der Abgeordneten sassen die Parlamentarier der Rechten, bleich und schuldbe-
wusst, mit dem Gefühl des schlechten Gewissens still auf ihren Plätzen. Das
war damals, als Reichskanzler Wirth seine berühmt gewordene Rede hielt, in der
er sagte: "In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie!... In diesem
Sinne müssen alle Hände, muss jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland
die Atmosphäre des Mordes, der Vergiftung zu zerstören! (Mit einer entrüstete-
ten Wendung gegen die Rechte) Da steht der Feind, der Gift in die Wunden eines
Volkes träufelt. Da steht der Feind. Darüber ist kein Zweifel. Dieser Feind
steht rechts!" Der Parlamentsbericht verzeichnet nach diesen Worten "stürmi-
schen, minutenlangen, immer wiederkehrenden Beifall bei der grossen Mehrheit
des Hauses und auf den Tribünen, langandauernde Bewegung."

Es lebe die Republik!

In riesigen Kundgebungen demonstrierte das Volk gegen die Mörder und ihre
Hintermänner. Gewaltige Strassendemonstrationen fanden in allen Städten und
Bezirken statt, der flammende Aufruf der Sozialdemokratie schloss mit dem von
Millionen stürmisch aufgenommenen Ruf: "Es lebe die Republik". Am Beisetzung-
tage des hingemordeten Ministers der Republik sah der Berliner Lustgarten ein
Menschenmeer, das alle Strassen der riesigen Stadt beim An- und Abmarsch über-
schwemmte. Die Reaktion, die eine solche Antwort nicht erwartet hatte, verkroch
sich wieder in ihre Nevenberhöhlen. Und so wie in Berlin, war es überall. In
Chemnitz marschierten 100 000, in München 150 000, in Elberfeld 80 000 Repu-
blikaner, ganz Deutschland war ein einziges Aufmarschgebiet der republikani-
schen Massen.

Auf Mörderjagd.

Die Jagd auf die Mörder begann. Am 29. Juni wurde in Frankfurt a./O. der
flüchtige Ernst Werner Techow, der Handgranatenwerfer vom Berliner Grunewald,
festgenommen. Am 11. Juli gelang es einem grossen Mahndungskommando, im Garde-
lager Gebiet die flüchtigen Mörder Kern und Fischer zu umstellen. Noch ein-
mal entwischten die Verbrecher dem Zugriff ihrer Verfolger. Aber der Ring zog
sich enger und enger. Am Abend des 16. Juli ermittelten mehrere Kriminalbeamte
die Rathenau-Mörder auf Burg Sauleck. Als die Mordgesellen sahen, dass es kein
Entrinnen mehr gab und die Polizei zum Sturm gegen das Mördernest ansetzte,
jagten sich Kern und Fischer auf dem Burgturm eine Kugel in den Kopf. Die Be-
amten konnten die Schützen von der Königsallee nicht mehr lebend fangen.

Volk auf der Wacht!

Zehn Jahre sind seit der abscheulichen Mordtat vergangen. Wieder will die
Pest der Reaktion, heute in die blutbeschmierten Braunhemden der nationalsozia-
listischen Faschistensöldlinge gekleidet, der Republik ans Leben. Wieder sind
wir in den letzten Tagen des Juni. Und wieder stehen Millionen Herzen und Ar-
me bereit, die Republik und die Freiheit bis zum letzten Blutstropfen zu ver-
teidigen. Die Antwort, die das Volk auf die Schüsse von Berlin-Grunewald im
Jahre 1922 gab, sollte den faschistischen Bürgerkriegern eine bitterste
Mahnung und Warnung sein!

K.K.B.

+ + +

Ueberfallen. Der 22jährige Werkzeugmacher Erwin Tintschert wurde am
Mittwoch vormittag in der Scharnweberstrasse in Berlin-Reinickendorf von
mehreren Männern überfallen und niedergestochen. Die Rowdies, die einer
Autodroschke entstiegen waren, fuhren nach ihrer Tat in schnellstem Tempo
davon. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, sind die Attentäter Mit-
glieder eines Ringvereins.

+ + +

Ausgeraubtes Kupferstichkabinett. Diebe drangen in der Nacht zum Mittwoch in das erst vor kurzem eröffnete Kupferstichkabinett des Schlossmuseums in Aschaffenburg ein und raubten dort etwa 3 000 Stiche, darunter überaus wertvolle Arbeiten von Rembrandt und anderen Meistern. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

+ + +
Tuchfabrik niedergebrannt. In der Tuchfabrik von Folikoff im Osten Londons brach ein Feuer aus, das einen grossen Teil des Gebäudes fast völlig einäscherte. 150 Arbeiter, die sich bei Ausbruch des Brandes in dem Gebäude befanden, konnten nur unter grossen Schwierigkeiten geborgen werden.

+ + +
Vierfacher Mord. In Hamburg vergiftete eine 27jährige Frau, die von ihrem Manne getrennt lebte, ihre Kinder im Alter von 3, 6 und 8 Jahren mit Gas. Nach ihrer Tat verschloss sie die Wohnung und ging fort. Später kehrte die Verzweifelte zurück und nahm sich gleichfalls das Leben.

+ + +
Zuggusammenstoss. Der von Haag kommende D-Zug stiess am Mittwoch früh auf der Station Alphen am Rhein infolge falscher Weichenstellung mit einem Güterzug zusammen. Dem Führer des D-Zuges gelang es im letzten Augenblick, die Schnelligkeit seiner Maschine herabzumindern. Trotzdem wurden 4 Wagen des Güterzugs völlig zertrümmert. Der Gepäckwagen des Schnellzugs entgleiste und beide Lokomotiven wurden schwer beschädigt. 10 Fahrgäste sowie der Führer des Schnellzuges erlitten Verletzungen.

+ + +
Rekordfahrt Kanada - Europa. Der englische Luxusdampfer "Empress of Britain" der "Canadian Pacific Line" hat auf seiner letzten Ueberfahrt von Kanada nach Europa einen neuen Rekord aufgestellt. Das Schiff fuhr von Father Point (Quebec) bis Cherbourg 4 Tage 7 Stunden 58 Minuten. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 24,83 Knoten.

+ + +
Die Quittung im Mitgift-Prozess. Im Mitgift-Prozess Caro-Petschek teilte am Mittwoch Geheimrat Caro mit, dass sich bei ihm ein Mann gemeldet habe, der bereit sei, als Zeuge zu beedigen, dass er im Jahre 1923 die vielumstrittene Mitgiftquittung mit eigenen Augen auf dem Schreibtisch des Angeklagten gesehen habe. Caro weigerte sich, den Namen dieses Zeugen schon jetzt zu nennen, da sonst zu befürchten sei, dass der Zeuge von der Gegenseite belästigt werde. Professor Dr. Alsberg, der Verteidiger Caros, kündigte an, dass er zwei prominente Persönlichkeiten namhaft machen könne, denen Petschek zur Zeit der Mitgiftübergabe erklärt habe, dass ihm die Mitgift von Caro gegeben worden sei. Allerdings sei der Verteidigung sehr viel daran gelegen, diese beiden Zeugen gemeinsam mit Petschek in den Gerichtssaal zu bringen, damit sie Ignatz Petschek ihre Behauptungen ins Gesicht sagen könnten.

+ + +
Tod auf der Strasse. Ein Lastwagen, der in Balve (Westfalen) einen Wagen überholen wollte, geriet in eine Kindergruppe. Ein Kind wurde getötet, eines schwer und eines leicht verletzt.

+ + +
Ein falscher Scheck. Die Reichsbank wurde von einem raffinierten Schwindler, der einen Scheck mit den gefälschten Unterschriften der zeichnungsberechtigten Direktoren einer Berliner Bank vorwies, und auch einlösen konnte, um 40 000 Mark betrogen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Preussens Erneuerer.

SPD. Berlin, den 22. Juni (Fig. Ber.)

Braune Uniformträger in enganliegenden Reithosen mit gelben Lackstiefeln und Ledergurten durchschwirren das preussische Abgeordnetenhaus, als am Dienstag die Glocken den Sitzungsbeginn verkünden. Auf der Tribüne steht ein Redner und verliest die Erklärung seiner Fraktion, die sich gegen einen Abgeordneten des Hauses richtet. Darin heisst es u. a.:

"Der Herr Abgeordnete ist, nach Angabe des "Völkischen Beobachters" vom 16.6.32, früher Kommunist und bolschewistischer Lebensmittelkommissar in Russland gewesen. Seit 1924 ist er Stadtverordneter und Rechtsanwalt in Kassel; er ist in nicht weniger als fünf ehrengerichtlichen Strafverfahren durch Ehrengerichte der Anwaltskammern in Kassel und Leipzig und in zwei strafrechtlichen Verfahren durch die ordentlichen Gerichte verurteilt worden... Tausend Mark Geldstrafe wegen standesunwürdigen Verhaltens und Verletzung der ihm als Rechtsanwalt obliegenden Verpflichtungen... Ehrenkränkung... wiederum standesunwürdiges Verhalten in einem dritten Falle, wiederum Geldstrafe wegen übler Nachrede und Hausfriedensbruchs... leichtfertige Beleidigungen... ein Urteil der Strafkammer, in dessen Begründung es heisst: der Herr Rechtsanwalt und Abgeordnete hat für seinen Geschäftsfreund Katzenstein bei der städtischen Sparkasse in Kassel in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt und Stadtverordneter einen Antrag auf Gewährung eines Hypothekendarlehens in Höhe von 230 000 Mark eingereicht und schriftlich wie mündlich über die geschäftlichen Aussichten und Verhältnisse der Firma Katzenstein ausserordentlich zuversichtliche Angaben gemacht, obwohl er seit langer Zeit weiss, dass gegen den Aktienmehrheitsbesitzer dieser Firma, gegen den Rittergutsbesitzer Lichtenberg, ein Verfahren wegen mehrfachen Betruges und wissenschaftlich falscher Abgabe einer eidesstaatlichen Versicherung schwebt. Obgleich der Herr Stadtverordnete und Rechtsanwalt sehr starken Verdacht gehabt hat, dass Lichtenberg sich des schweren Bankrotts, mehrfachen Kreditbetruges und der Wechselreiterei schuldig gemacht habe, hat er sich niemals gescheut - offenbar auch aus persönlichen Gründen finanzieller Natur - mit Lichtenberg nicht nur als Rechtsbeistand, sondern auch als Mitarbeiter im Aufsichtsrat der Kasseler Maschinenwerke geschäftlich zusammenzuarbeiten".

Das ist das Urteil einer preussischen Strafkammer über diesen Rechtsanwalt, Stadtverordneten und jetzigen preussischen Abgeordneten. Das ist ein Auszug aus der Erklärung, die von der Landtagstribüne vor versammeltem Hause verlesen wird. Der es tut, ist der Beauftragte der sozialdemokratischen Fraktion Gehrman. Und wer wird auf Grund dieser amtlichen und richterlichen Belege in dieser Weise abkonterfeit: der Naziabgeordnete, Stadtverordnete und Rechtsanwalt Dr. Freisler aus Kassel. Starr und stumm sitzt er unten auf seiner Bank und rührt sich nicht. Anfänglich johlen seine Freunde gegen den sozialdemokratischen Sprecher, vom jüngsten SA-Rekruten bis Prinz Auwi. Dann aber verstummt das Gelächter seiner Pgs. Unter stürmischen Hör-Hör-Rufen aller anderen Parteien verlässt der Sozialdemokrat die Tribüne, und hinauf springt raschen Schrittes Herr Kube. Die Männer für die Sauberkeit des Staatslebens, die Reinger Preussens, werden sie jetzt ihren eignen Laden reinfegen, vor der eignen Tür kehren? Mit donnernder Stimme verkündet der Naziführer der erstaunten Mitwelt wörtlich: "Meine Fraktion stellt ihren Schild vor den Abg. Dr. Freisler." Wir haben eine andere Auffassung von Ehrbegriff als Sie. In den Anwaltskammern sitzen zum grossen Teil Judenjungen, und für uns wäre nur das Urteil eines deutschen Gerichtes massgebend!" Frenetischer Beifall und Händeklatschen der Nazis und der SA-Männer!

Dieser Freisler war es, der vergangene Woche wagte, die niedrigsten Anwürfe und Drohungen gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Kuttner vorzu-

bringen. Gehrman weist diese Drohungen nicht nur im Namen der sozialdemokratischen Fraktion zurück, sondern er erbringt auch den durch vier Gerichtsverfahren erhärteten Beweis, dass die gegen Kuttner erhobenen und aus den Revolutionskämpfen stammenden Vorwürfe durch viele Zeugen widerlegt und von A bis Z unwahr und erlogen sind. Kein Schatten bleibt an Kuttner haften, aber die Nazis beschimpfen ihn. Ihr Held und Kecke ist Freisler! Nazi das heisst lustig sein! Schöne Uniformen, aussen hui - innen pfui.

Ist es ein Wunder, wenn diese Nazis Arm in Arm mit den Kommunisten wieder um ihren Amnestie-Antrag einbringen und in zweiter Lesung annehmen, während der sozialdemokratische Entwurf abgelehnt wird? Ist es ein Wunder, wenn nach diesem Nazi-Kozi-Antrag jetzt auch alle im Disziplinarverfahren seit 1919 entlassenen Beamten wieder eingestellt und ihre Bezüge nachbezahlt erhalten, obwohl sich darunter alle wegen Seperatismus im Jahre 1923 verurteilten Beamten und ähnliche saubere Gestalten befinden? Wer einen Freisler deckt, wer Fememörder amnestiert und sie zu Abgeordneten und Gesetzgeber bestellt, der kann die in die Gefängnisse getriebenen politischen Verbrecher nicht sitzen lassen. Diesmal allerdings stimmen die Nazis für einen deutschnationalen Antrag, wonach jene wegen Mord und Totschlag und schwerer Körperverletzung hinter Schloss und Riegel gekommenen Anhänger nicht amnestiert werden. Ihnen bleibt die Hoffnung auf das Paradies für die Zeit nach dem 31. Juli.

Präsidiumswahl, schrillen jetzt die Glocken. Der tags zuvor mit einer neuen Parole aus Moskau angekommene Abg. Pieck steht auf der Tribüne. Neue Taktik: Die Kommunisten wollen für ein rein sozialdemokratisch-zentrümliches Präsidium stimmen, wenn Zentrum und Sozialdemokraten keinen Nazimann und keinen Deutschnationalen heranzulassen. Koalition von Papen bis Pieck! Taktik des kleineren Übels! Moskau hat gelernt und ist völlig umgeschwenkt. Leider zu spät. Trotz Vertagung um eine Stunde bleibt das Zentrum bei seiner bereits beschlossenen Taktik: weisse Zettel bei der Wahl des ersten Präsidenten abzugeben. Mit grossem Theaterdonner folgt wieder die übliche "Entlarvungsrede" von Pieck gegen Zentrum- und Sozialdemokraten! Warum gegen die Sozialdemokratie? Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits vor vier Wochen gegen einen Nazipräsidenten gestimmt, sie tut es auch jetzt. Sie hat noch niemals im Gegensatz zu den Kommunisten, einen Nazi-Antrag ihre Zustimmung gegeben. Nicht direkt und nicht indirekt! Den Theaterdonner hätte sich Pieck ersparen können. Wäre er und wäre Moskau vor zwei Jahren schon so klug gewesen wie diesmal, im preussischen Landtag wüsse heute kein Freisler und kein Kerrl wäre Präsident! Späte Einsicht, die die Arbeiterklasse teuer bezahlen muss!

SPD. Paris, 22. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Schatzmeister des französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) hat dem Vorsitzenden des ADGB, Leipart, die Summe von 150 000 Francs (25 000 Mark) mit einem Begleitschreiben übersandt, in dem mitgeteilt wird, dass diese Summe an die Kinder arbeitsloser Eltern in Deutschland verteilt werden soll. Die Mittel rührten von einer in Gewerkschaftskreisen veranstalteten Sammlung für notleidende Kinder her. Um die internationale Solidarität der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen, habe der Vorstand der CGT der Verwaltungskommission vorgeschlagen, von dem Gesamterlös der Sammlung 150 000 Francs für die Kinder arbeitsloser Eltern in Deutschland und 50 000 Francs für österreichische Kinder zu verwenden. Schliesslich wird in dem Brief die Bitte ausgesprochen, dass die Summe nach Möglichkeiten an Kinder anderer Städte als Berlin, Hamburg, Leipzig und Nürnberg verteilt wird, da 300 Kinder aus diesen Orten im vorigen Jahr einen Monat lang Gäste der CGT auf der Insel Oléron waren.



Umbau der Wirtschaft.

Programmatische Richtlinien der Gewerkschaften.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsame Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft ausgearbeitet. Ihr Sofortprogramm zur Bekämpfung der Not durch Entlastung des Arbeitsmarktes ist in ihren Arbeitsbeschaffungsforderungen niedergelegt. Die Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft sollen eine neue Wirtschaftspolitik anbahnen, damit künftig Katastrophen vom Ausmass der gegenwärtigen Wirtschaftskrise vermieden werden.

Die ungeheure Krise, so betonen die Gewerkschaften in ihrem Vorwort zu den Richtlinien, macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampf um die Ueberwindung der herrschenden Krisennot planvolle Massnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten. Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist unerlässlich. In der anzustrebenden planmässigen Bedarfsdeckungswirtschaft muss die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich die Richtlinien für eine, den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende, Wirtschaftspolitik.

Die Richtlinien haben im wesentlichen folgenden Gedankengang:

I. Konjunkturpolitik und Massenkaufkraft.

Die planmässige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf. Zur Verhütung der Krise ist eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die 40-Stundenwoche ist sofort gesetzlich durchzuführen, sie muss zur Zeit als das Höchstmass der zulässigen Arbeitszeit gelten. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereit gehalten werden. Die Träger der Sozialversicherung müssen während der guten Konjunktur Reserven bilden, deren Einsatz in der Krise dem Absinken der Massenkaufkraft entgegenwirkt.

II. Industrie und Handel.

Der demokratische Staat muss entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Bodenschätze und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, die Energiewirtschaft und der Verkehrsapparat müssen von der Gesellschaft planmässig bewirtschaftet werden. In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschliesslich der Nebenbetriebe, die Eisenindustrie einschliesslich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung, die Grosschemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen. Alle Kartelle und ähnlichen Zusammenschlüsse sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Um die planmässige Verbilligung zwischen

Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluss der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

III. Kredit- und Bankwesen.

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmässiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsgesellschaften insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Sparkapitals sind zu verstaatlichen. Ein zentrales Bankenamt muss die planmässige Verteilung der Kredite zum Zweck volkswirtschaftlicher Bedarfsdeckung durchführen. Das Bankenamt muss mit der Reichsbank zusammenarbeiten. Diese ist von dem überwiegenden Einfluss der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen auch die Gewerkschaften und Verbraucher vertreten sein.

IV. Agrarpolitik.

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land. Jedem werktätigen Landwirt gebührt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeitsertrag ist abhängig von der Massenkaufkraft. Darauf müssen alle Massnahmen der Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmassnahmen gegen ausländische Konkurrenz Rücksicht nehmen. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermässige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole sowie planmässige Beeinflussung des Umfangs und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Massnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbrauchergenossenschaften zu verringern. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern muss der Staat das Fachwissen fördern, die Feldbearbeitung beschleunigen und die Bildung von Produktivgenossenschaften unterstützen. Der nicht mehr lebensfähige Grossgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftliche Grossbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Grossgrundbesitzes ist einzustellen. Das Grossgrundeigentum ist in Gemeinbesitz zu überführen.

V. Aussenhandelspolitik.

Die gegenwärtig von privaten industriellen und agrarischen Interessen beherrschte Aussenhandelspolitik ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschnürung vom Weltmarkt vorzubeugen.

VI. Aufbau der Planwirtschaft. Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Ansätze zur Planwirtschaft zusammengefasst werden. Hierfür ist eine zentrale Planstelle zu schaffen. Sie hat in engster Zusammenarbeit mit dem Bankenamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmässige Entwicklung hinzuwirken. Der Ausbau der Planwirtschaft muss Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Ueberwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete dienen, sind gemäss Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

SPD. Die Tarifverhandlungen der Schuhindustrie, die dieser Tage in Frankfurt am Main stattfanden, sind gescheitert. Die Arbeitgeber, die trotz des Notverordnungsabbaus von 15 Prozent eine neue Lohnkürzung von 14 Prozent fordern, verlangten bei den Verhandlungen, auch noch in Betrieben mit Kurzarbeit die Ferienvergütung im gleichen Ausmass kürzen zu dürfen. Die Arbeitnehmervertreter erklärten von vornherein, dass sie unter keinen Umständen einer Lohnkürzung zustimmen werden. Die von den Arbeitgebern geforderte Neuregelung der Ferienvergütung sei schon deshalb unbegründet, weil ein sehr grosser Teil der Betriebe die Ferien bereits ohne Einschränkung gewährt habe. Daraufhin forderten die Arbeitgeber eine Kürzung der Ferienvergütung um 50 % für alle Betriebe, also auch für die Betriebe, die immer voll gearbeitet haben. Diese Auftrumpferi der Arbeitgeber machte eine Verständigung unmöglich. Die Verhandlungen wurden resultatlos abgebrochen.

Allem Anschein nach werden in der nächsten Zeit in der Schuhindustrie harte Kämpfe einsetzen. Die Arbeiter werden, gestützt auf ihre Organisation, den Beweis liefern, dass sie sich auch unter den misslichsten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht rechtlos machen lassen.

SPD. Der Deutsche Baugewerksbund ruft die Bauarbeiter zur Wahlarbeit. Er wendet sich zu diesem Zweck an die Bauarbeiterschaft mit einem kernig geschriebenen Flugblatt. Gegenüber den scheinradikalen Hetzaposteln, die den Organisierten fragen, wo die Erfolge der Gewerkschaften seien, fordert der Bund, den Spiess umzudrehen und die Parolenschuster, die RGO-Strategen und die sogenannten "Einheitsverbändler" zu fragen, was sie denn bis jetzt in der Krise, in dem furchtbaren Existenzkampf der Bauarbeiter, für die Beseitigung der Arbeitslosennot und für die Sicherung der Bauarbeiterrechte getan haben. Ein Teil des Flugblatts beschäftigt sich mit den Faschisten, die mit ihrer Arbeitsdienstpflicht den Bauarbeitern auch noch den letzten Rest von Arbeitsmöglichkeit zerstören. Zur Rechtfertigung des Bundes in der Krisenzeit seit 1929 verweist das Flugblatt u.a. auf die Tatsache, dass der Bund in 3 Jahren mehr als 36 Millionen Mark Unterstützung an seine Mitglieder gezahlt hat. "Adelskabinett und Hitler, schärfste wirtschaftliche und politische Reaktion stehen gegen das um Arbeit und Brot ringende Volk", so kennzeichnet der Baugewerksbund die Situation und ruft die Bauarbeiter auf, sich dem Ansturm der in der "nazi" Arbeiter Partei den Ton angehenden Arbeiterfeinde entgegenzuwerfen.

SPD. Für die Arbeiter in den Kölner Brotfabriken wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Senkung des Ecklohns von 51 auf 48,50 Mark und einen Abbau der Ferien um rund 20 Prozent vorsieht. Nach einjähriger Beschäftigung sollen 3 Tage, nach dreijähriger 6 Tage und nach fünfjähriger Beschäftigung 10 Tage Urlaub gewährt werden.

In der Brauerei-Industrie von Rheinland-Westfalen wurde durch Vereinbarung mit den Unternehmern der Rahmen- und Lohnvertrag bis 31. August unverändert verlängert.

Wirtschaft Technik Handel

Autarkiedämmerung.

Belgisch=holländische Zollkonvention.

SPD. Gegen den Zollaufrüstungs- und Autarkiefanatismus haben Holland und Belgien, Länder, in denen die Zollpolitik noch freiheitlich orientiert ist, einen Vorstoss unternommen. Sie haben sich zu einer Zollkonvention zusammengetan. Diese Konvention ist einmal Selbsthilfsmassnahme, dann aber Abwehr gegen den Protektionismus europäischer Länder.

Holland und Belgien sind auf den Export angewiesen. Belgien ist stark industriell und muss Fertigwaren auf dem Weltmarkt verkaufen. Holland hat einen beträchtlichen Agrarexport. Der Protektionismus der beiden letzten Jahre musste gerade diese Länder schwer treffen. Insbesondere haben die Absperrmassnahmen in England, Frankreich und in Deutschland schlimme Auswirkungen auf den belgischen und holländischen Export gehabt. Holland und Belgien ziehen nun daraus nicht den falschen Schluss, sich ebenfalls abzuschliessen und zu isolieren. Vielmehr versuchen die beiden Länder, den Wall des Protektionismus zu durchbrechen. Die beiden Nachbarländer mit ganz verschiedenartiger, aber teilweise sich ergänzender Wirtschaftsstruktur haben ein Zollbündnis geschlossen. Sie verpflichten sich, keinerlei Zollmassnahmen zu treffen, die den wechselseitigen Warenaustausch beeinträchtigen könnten, und wollen darüber hinaus alljährlich ihre bestehenden Zollsätze um 10 % senken. Der Beitritt zu dieser Konvention wird allen Ländern, die die gleiche Verpflichtung übernehmen, offen gehalten.

Dieser Schritt stellt zunächst eine Selbsthilfemassnahme dar. Belgien, das am dichtesten bevölkerte europäische Land mit dem, gemessen an der Kleinheit des Landes, grössten Industriekörper und der höchsten industriellen Ausfuhrquote, fühlt sich durch den Uebergang Englands zum Schutzzollsystem, durch die Kontingentierungsmassnahmen Frankreichs und durch die geringe Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes stark bedroht. Das ausserordentlich starke Ausfuhrbedürfnis dieses Landes erklärt, dass die belgischen Politiker immer wieder, freilich vergeblich, sich bemühten, ein weiteres Zollaufrüsten zu verhindern. Holland wiederum ist durch die rücksichtslosen Absperrungsmassnahmen Deutschlands schwer betroffen worden. Zwischen den beiden westlichen Nachbarstaaten besteht nun seit jeher eine enge wirtschaftliche Verflechtung. Etwa $\frac{1}{8}$ der belgischen Ausfuhr geht nach Holland und etwa $\frac{1}{6}$ der holländischen Ausfuhr nach Belgien. Es ist an sich durchaus begreiflich, dass die beiden Staaten das auf den übrigen Aussenmärkten verlorene Absatzterrain durch eine noch engere wirtschaftliche Verbindung wiedergewinnen möchten.

Damit sind aber zugleich die Rückwirkungen für die andern europäischen Länder und für Deutschland gekennzeichnet. Schliessen sich diese der Konvention nicht an, dann verschlechtern sich ihre Wettbewerbsmöglichkeiten auf dem belgischen und holländischen Markt. Belgien und Holland mit ihrer freiheitlichen Zollpolitik waren bisher sehr bedeutende Abnehmer der andern europäischen Exportländer, insbesondere Deutschlands. Vor Ausbruch der Krise betrug die deutsche Ausfuhr nach diesen beiden Ländern 1,8 Milliarden Mark, im vergangenen Jahre noch immer 1,2 Milliarden Mark oder 15 % der deutschen Gesamt-

ausfuhr. Vergleichsweise sei erwähnt, dass der ganze von den Autarkisten so heiss umworbene Mitteleuropablock (Oesterreich-Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien) 1931 zusammen nur für 600 Millionen Mark, also nur etwa halb soviel deutsche Waren aufnahmen als die beiden westlichen Nachbarstaaten. Wenn auch ein 10%iger Zollabschlag auf die relativ niedrigen Zölle Hollands und Belgiens noch keine umwälzenden Konkurrenzverschiebungen zu Ungunsten Deutschlands bedeutet, so dürfte sich doch die Vorzugsstellung der beiden Konventionsländer, verstärkt durch die weitgehende Misstimmung gegen das deutsche rücksichtslose Zollvorgehen, insbesondere in der Butterfrage, für einzelne Exportindustrien und deren Arbeiterschaft auswirken.

Aber noch ist es nicht zu spät. Die Zollkonvention ist wohl auch als taktische Abwehrmassnahme gegenüber dem deutschen und dem französischen Vorgehen und nicht zuletzt auch als Warnung gegenüber England gedacht: in wenigen Wochen startet die englische Empirekonferenz in Ottawa, die die handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Mutterland und den Dominionen regeln soll. Die skandinavischen Länder wollen zunächst das Ergebnis dieser Konferenz noch abwarten, bevor sie sich über einen evtl. Anschluss an die belgisch-holländische Konvention entscheiden.

Man kann also wohl in der Zollunionkonvention einen letzten Versuch der Länder mit freiheitlicher Zollpolitik erblicken, den europäischen Abschlussbestrebungen Einhalt zu gebieten. Die Londoner Weltwirtschaftskonferenz, die sich mit den weltwirtschaftlichen Währungs-, Handels- und Kreditfragen befassen soll, wird diese neu geschaffenen Tatsachen berücksichtigen müssen. Die Beseitigung des heutigen Währungschaos, die Stabilisierung der Währungen und die Wiederherstellung der internationalen Kreditbeziehungen ist eine wichtige Vorbedingung für die Liquidierung des heutigen internationalen Handelskrieges. Wenn diese ersten Massnahmen getroffen sind, kann die Konvention, auf die gesamte europäische Wirtschaft ausgedehnt, eine wertvolle Grundlage für den Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen bieten. Deutschland hat jedenfalls das stärkste Interesse, alle Bestrebungen auf Abbau der Handelshemmnisse zu fördern. Nur scheint es mehr als zweifelhaft, ob die heutigen Regierungsmächte bei dem übermächtigen Einfluss der zollwütigen Grossagrarien in dieser den deutschen Interessen eigentlich vorgeschriebenen Richtung arbeiten werden. Autarkie ist nicht Schicksal, aber man kann die deutsche Wirtschaft, wenn man rücksichtslos zugunsten einer kleinen Clique Abschlusspolitik treibt, in eine hoffnungslose völlige Isolierung hineintreiben.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es sich entscheiden müssen, ob die Kräfte der wirtschaftlichen Zerstörung und der Krisenverschärfung weiter wüten sollen oder ob sich endlich die Vernunft Bahn bricht und Grundlagen für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau geschaffen werden.

SPD. Das Dunkel um den Eelsenkirchen-Skandal wird immer undurchdringlicher. Einmal hat die Adelsregierung erklären lassen, dass das Geschäft noch unter dem Reichsfinanzminister Dietrich gemanaget worden sei und tatsächlich soll der Vertrag einen Tag nach Rücktritt des Kabinetts Brüning gezeichnet sein. Wer schliesslich auf die Idee, einer Schwerindustriellengruppe mehr als 100 Millionen Mark zu schenken, gekommen ist, dürfte auch gleichgültig sein. Will man die Frage der Verantwortlichkeit aber prüfen, so muss man bemerken, dass es der Adelsregierung ja möglich gewesen wäre, die ganze Angelegenheit rückgängig zu machen, wie sie beispielsweise das Uniformverbot rückgängig gemacht hat. Im übrigen beweist der Streit über die Verantwortlichkeit nur die Wahrheit, dass eine Regierung ohne parlamentarische Kontrolle auf die

Korruptionsebene und ins unübersichtliche Subventionsgefilde landen muss. Man hat sehr viel über das Parlament geschimpft. Man soll dem Parlament aber auch Gerechtigkeit wiederfahren lassen und anerkennen, dass der Gelsenkirchen=Skandal ohne parlamentarische Kontrolle nicht möglich gewesen wäre.

Zu der Regierungserklärung gesellt sich eine andere Erklärung, die ebenso blamabel ist. Nach aussen wurde das Gelsenkirchengeschäft damit begründet, man wolle durch die Subvention von 100 Millionen Mark die Ueberfremdung der deutschen Eisenindustrie abwehren. Als "ausländischer Ueberfremder" wurde die Amsterdamer Bank Mendelssohn genannt, bei der die Flickgruppe wahrscheinlich über die Commerz- und Privatbank, Gelsenkirchenaktien verpfändet hat. Jetzt erklärt das Bankhaus Mendelssohn, dass es überhaupt von der ganzen Angelegenheit nichts wisse. Es hat sich herausgestellt, was wir schon vor Tagen sagten: der Hinweis auf eine ausländische Ueberfremdung und die Argumentation mit nationalen Interessen ist glatter Bluff, um die deutsche Oeffentlichkeit hinters Licht zu führen.

Das ist schon dunkel genug. Aber die Sache wird noch dunkler, wenn man daran rührt, wie sich das ganze Subventionsgeschäft entwickelt hat. Bekanntlich werden die 100 Millionen Mark, die das Reich der Flickgruppe zur Verfügung stellt, gedrittelt. Ein Drittel dieser Summe soll dazu dienen, Bankschulden abzutragen. Es scheint da eine Verbuchungsänderung vorgehen zu sollen. Die Dinge müssen so liegen, dass die Banken unter Garantiedes Reiches gewisse Kredite an die Schwerindustrie, wahrscheinlich in Oberschlesien, wo ja die Flickgruppe auch zu tun hat, gewährte. Die Kredite müssen durch die Krisenverschärfung der letzten Wochen stark gefährdet sein, sodass die Banken das Reich vor die Tatsache stellten, die auf Verantwortung des Reiches gegebenen Kredite zu decken. Wie die Vorgänge hier gelagert sind, muss die Regierung in kürzester Zeit klären. Die Oeffentlichkeit verträgt diese oberschlesische Dunkelkammer nicht.

Im übrigen können oberschlesische Erwägungen den Gelsenkirchen=Skandal nicht verkleinern. Sollten sich die oberschlesischen Subventionen irgendwie rechtfertigen lassen, dann kommt dafür nur eine Summe in Frage, die weit unter 100 Millionen Mark liegt. Der weitaus grössere Teil der Subventionen geht also an Friedrich Flick und Fritz Thyssen.

SPD. Beim Zusammenbruch der Vereinigten Textilwerke Wagner & Moras in Zittau ist die Werksparkasse des Unternehmens aufs schwerste in Mitleidenschaft gezogen worden. Es handelt sich um ein grosses Textilunternehmen, das mit seinem Versuch, durch Direktläden den Kleinverkauf unter Ausschaltung des Handels selbst in die Hand zu nehmen, Schiffbruch erlitten hat. Der nunmehr vorliegende Status weist über 22 Millionen Schulden auf, von denen gegen 14 Millionen gesichert sind. Es bleiben also über 8 Millionen ungesicherte Schulden, zu denen noch Eventualverbindlichkeiten von 2½ Millionen kommen. Diesen hohen ungesicherten Millionenschulden stehen aber sage und schreibe 424 000 Mark freie Aktiven gegenüber. Die Lage der ungesicherten Gläubiger ist also hoffnungslos, wenn die Banken, die zu den Hauptgläubigern gehören, nicht sehr erhebliche Abstriche von ihren Forderungen machen. Nun wird aber über das Ergebnis der Gläubigerversammlung mitgeteilt, dass die Werksparkasse mit ihren Forderungen vielleicht ganz ausfalle. Die Werksparker sind also wieder einmal die Betrogenen.

Bei dieser Gelegenheit sei nochmals daran erinnert, dass die Sozialdemokratie als einzige Partei sich der Interessen der Werksparker angenommen hat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion forderte, als die ersten grossen Werksparkassenskandale bekannt wurden, in einem Antrag die allmähliche Liquidation der Werksparkassen und ihre sofortige Unterstellung unter strenge gesetzliche Vorschriften. Mit der Auflösung des Reichstags durch die Regierung der Barone

ist auch die Beratung dieses wichtigen und, wie sich jetzt wieder herausstellt, dringlichen Antrags vorläufig unter den Tisch gefallen. Damit darf aber die Frage selbstverständlich nicht erledigt sein. Die sozialdemokratische Forderung auf Liquidation der Werksparkassen, die durch die Ereignisse völlig gerechtfertigt ist, bleibt nach wie vor bestehen.

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt das Aufkommen aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Monat Mai mit 541 Millionen an. Das Aufkommen liegt damit um fast 200 Millionen Mark unter dem Stand des Vormonats, aber um einige Millionen Mark höher als im Mai 1931. Die Abweichungen erklären sich aus den verschiedenen Fälligkeitsterminen. Jedoch ist festzustellen, dass die Steuern immer spärlicher fließen. Die Lohnsteuer brachte z.B. im Mai 1931 rund 96 Millionen Mark, diesesmal nur 65,66 Millionen. Die Kraftfahrsteuer ist von 21,7 Millionen Mark auf 17,6 Millionen Mark zurückgegangen. Die Beförderungsteuer verringerte sich von 23 Millionen Mark auf 14,2 Millionen Mark. An Biersteuer sind im Mai 1932 rund 25,8 Millionen auf gekommen, Mai 1931 dagegen 34,7 Millionen. Für Mai 1932 beträgt die Reichsfluchtsteuer rund 416 000 Mark.

SPD. Der schlesische Textilkonzern Meyer Kauffmann in Wüstegiersdorf hat eine einschneidende Anpassung seiner Bilanz an die Wertveränderung vorgenommen. Das Unternehmen schliesst für das verflossene Jahr mit einem Verlust von 1,25 Millionen Mark ab. Dazu treten Abschreibungen in Höhe von über 2,8 Millionen Mark, während im vorigen Jahr nur 325 000 Mark abgeschrieben wurden. Die Mittel für die Sanierung werden dadurch beschafft, dass dem Reservefond 425 000 Mark und dem Spezialfond 500 000 Mark entnommen werden. Im Übrigen wird das Kapital von 7 Millionen Mark auf 2,8 Millionen Mark zusammengelegt.

Interessant sind die Hinweise, die das Unternehmen auf die Auswirkungen des Lohn- und Gehaltabbaus macht. Es sei bei Meyer Kauffmann gelungen, die mengenmässigen Umsätze zu halten. Die Kunden seien aber zu schlechteren Qualitäten abgewandert. Das habe einen Rückgang der wertmässigen Umsätze zur Folge gehabt.

SPD. Der Warenhauskonzern Leonhardt Tietz wird für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 6% verteilen, während im Vorjahr 8% ausgeteilt wurden.

SPD. Die Ilsederhütte, die in ihrer Generalversammlung die Herabsetzung ihres Kapitals von 64,5 auf 42,6 Millionen Mark genehmigt hat, teilt mit, dass die Eisenerzeugung im ersten Halbjahr 1932 um rund 25% unter dem Stand von 1928/29 lag. Vom Russengeschäft hat sich das Unternehmen ferngehalten, weil die Zahlungsfristen von über 20 Monaten ein zu grosses finanzielles Risiko bergen. Auch im laufenden Jahr sei bei der Ilsederhütte mit einem grösseren Verlust zu rechnen.

Einfuhrverbot treibt Preise.

(Berliner Getreidebörse vom 22. Juni).

SPD. An der Berliner Produktenbörse trat am Mittwoch eine Befestigung der Weizenpreise ein und zwar wurden die Kurse am Markte der Zeitgeschäfte um $1\frac{1}{2}$ bis 2, im Prompthandel um 1 Mark erhöht. Die Kauflust der Mühlen ist zwar nicht wesentlich grösser geworden, da aber das Angebot in prompter wie in Herbst-Ware ausserordentlich gering blieb, mussten höhere Preise bewilligt werden. Am Roggenmarkt war die Lage im wesentlichen unverändert, was auch in den Kursen zum Ausdruck kam. Eine Belebung des Mehlgeschäftes war nicht zu verzeichnen. Es herrschte hier weiter grösste Zurückhaltung der Käufer bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Fester war die Stimmung am Hafermarkt. Die Kauflust hatte sich bei knappem Angebot gehoben. Sehr fest war die Stimmung für neue Wintergerste, deren Schnitt in einigen Teilen des Reiches zu Anfang nächsten Monats erfolgen dürfte. Bei knappem Angebot und erhöhten Forderungen machte sich gutes Kaufinteresse bemerkbar.

	<u>21.6.</u>	<u>22.6.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	251 - 253	252 - 254
Roggen	185 - 187	185 - 187
Futter- und Industrieroggen	160 - 170	162 - 172
Hafer	156 - 160	157 - 161
Weizenmehl	30,75 - 34,75	30,75 - 34,75
Roggenmehl	25,15 - 27,15	25,10 - 27,10
Weizenkleie	9,90 - 10,50	9,90 - 10,50
Roggenkleie	10,10 - 10,50	10,10 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli $263\frac{1}{2}$ ($261\frac{1}{2}$), Sept. $228\frac{1}{2}$ (227), Okt. 229 ($227\frac{1}{2}$), Dez. $232\frac{1}{2}$ ($231\frac{1}{2}$), Roggen Juli - bis 184, Sept. $179\frac{1}{2}$ -180 Geld (179), Okt. 180 -181 Geld (181), Dez. $183\frac{1}{2}$ -184 Geld ($183\frac{3}{4}$). Hafer Juli 165 - $166\frac{1}{2}$ (163), Sept. $148\frac{1}{2}$ - 149 Geld (147).

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle vom 22. Juni, RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision). Weisskohl 50 kg 10-12, Wirsingkohl rhein. Ia 6-7, do. Berliner Gärtnerware 8-10, Blumenkohl je nach Grösse 100 Kopf 20-30, do. Suppen- 5-10, Mohrrüben junge je nach Grösse 50 kg 6-12, Kohlrabi Freiland gross Schock 1 - 1,20, do. Freiland mittel 0,80 bis 1, do. Freiland klein 0,50-0,60, Radieschen Schockbd. 1,25 - 1,75, Meerrettich 50 kg 45 - 50, Petersilie grün je nach Grösse 100 Bd. 5 - 10, Salat Freiland je nach Grösse 100 Kopf 3 - 6, Spinat 50 kg 7 - 11, Pfefferlinge 40-45, Gurken Treibhaus I 100 Stck 12 -14, do. Treibhaus II 7-9, do. Treibhaus III 4-6, Spargel I gebündelt 50 kg 25-28, do. II gebündelt 13-18, do. III gebündelt 7-10, Edelchampignons Treibhaus weiss Ia 120-140, Schoten I 14-16, Tomaten Treibhaus A 38-40, do. Treibhaus B 32-34, do. Treibhaus C 20-22, Rhabarber Freiland 1.50 - 2,00.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen vom 24. bis 30. Juni je Liter frei Berlin: für A-Milch 13,75 Pfennig, für tiefgekühlte A-Milch 14,25 Rpf, für B-Milch 8,50 Pf, für tiefgekühlte B-Milch 9 Pf für molkereimässig bearbeitete Milch 15,50 Rpf. Die A-Milchmenge ist auf 77 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 22. Juni 1932.

O, alte Ordensherrlichkeit!

SPD. Früher waren es in Russland die goldenen Epauletten, vor denen die tiefsten Bücklinge gemacht wurden. Heute ist es ein kleiner roter Orden mit dem Emaillebilde Lenins: der Lenin-Orden, eine der höchsten Auszeichnungen der Sowjetunion. Der, dessen Brust dieser Orden schmückt, bekommt nicht nur ideelle Ehrungen, sondern hat oft auch recht ergiebige materielle Vorteile. Man braucht nur zu erwähnen, dass die Lebensmittelrationen für Inhaber des Lenin-Ordens viel freundlicher aussehen als für andre Sowjetsterbliche. Ja, die Moskauer Parteiliebe geht auch durch den Magen. Selbst in der Moskauer Strassenbahn kann man beobachten, wie alte Männer und Frauen vor einem jungen Burschen aufstehen, der im Knopfloch den Lenin-Orden trägt. Hat er noch dazu das Abzeichen der Revolutionskämpfer, dann ist das irdische Glück vollkommen. Denn selbst beim Schlangestehen an den Lebensmittelläden lässt man ihm den Vortritt, und das will in der Sowjetunion sehr viel heissen!

Seit einiger Zeit jedoch beginnt man in der Sowjetunion, Ordensträger etwas von der Seite anzusehen, denn da hat sich in der schönen ukrainischen Stadt Charkow etwas ereignet, das den Orden sozusagen diskreditierte. In der Staatlichen Cooperative für Lebensmittel erschien ein Mann in einer Lederjacke, mit dem energischen Gesicht eines Tschekisten und der Heldenbrust eines Revolutionskämpfers, auf der - siehe da! - nicht nur der Lenin-Orden, sondern auch der "Orden der Roten Fahne" und das Abzeichen der Roten Armee prangten. Wie rote Rosen standen die Orden auf der Lederjacke. In der Cooperative verbeugte sich alles vor dem Helden zu einem wahrhaft zaristischen Bückling. Mit befehlsgewohnter Stimme forderte der junge Mann ein Paket, bestehend aus Produkten, die sonst nie vor die Augen eines Sowjetbürgers kommen. Und siehe da, die Staatliche Cooperative hatte alles am Lager, und selbst als der junge Mann erklärte, er wolle am folgenden Morgen vorbeikommen und bezahlen, ohne auch nur seinen Namen zu nennen, verbeugte sich der Direktor vor dem Bilde Lenins auf der Lederjacke. Das gleiche Schauspiel wiederholte sich in allen Zweigniederlassungen der Cooperative.

Abends erzählten sich die Direktoren untereinander von dem jungen "Helden", und da kam ihnen ein Misstrauen auf, denn er hatte nirgends bezahlt. Ein besonders misstrauischer Direktor, den der Glanz der Orden nicht so stark geblendet hatte, dachte sich sein Teil und beschloss, am nächsten Morgen Strafanzeige zu erstatten gegen "Unbekannt mit Lenin-Orden". Doch am nächsten Morgen kam der Revolutionskämpfer wieder ins Geschäft, sogar noch mit zwei neuen Orden, und verlangte kurz neue Lebensmittel. Bezahlung morgen. Der Direktor holte einen vorbeigehenden GPU-Soldaten und wollte den Revolutionskämpfer verhaften lassen. Die GPU-Wache trat auf, verstärkt durch drei Motorradfahrer, sah die Orden und stand stramm. Der Direktor konnte nichts ausrichten. Sie glaubten ihm einfach nicht die Vorwürfe gegen den "kämpferprobten Genossen". Dieser forderte obendrein im Bewusstsein seiner Macht von der GPU-Wache die Verhaftung des Direktors wegen Beleidigung eines "alten" Veteranen der Revolution. Bajonette blitzten auf; der Direktor wurde in die Mitte genommen, und man marschierte zur nächsten Wache. Unterwegs sagte der "Held", man sollte den Direktor ruhig zur Wache bringen; er werde sofort nachkommen; er hätte nämlich noch nicht zu Mittag gegessen. A propos Mittagessen, ob der Genosse

von der GPU ihm nicht für das Essen einige Rubel leihen könnte. Aber natürlich! Ein Fünfzig-Rubel-Schein sogar blitzte auf und verschwand in der Tasche hinter dem Lenin-Orden. Der Direktor schrie und tobte, aber sechs Fäuste hielten ihn fest. Eine elegante Verbeugung des Ordensträgers, strammes Grüssen der Wache.... man verabschiedete sich, für immer, denn natürlich blieb der ordensgeschmückte Held seitdem auf Nimmerwiedersehen verschwunden, und der Direktor musste freigelassen werden. Die Lebensmittel-Cooperativen sind um einige Delikatessen ärmer geworden, und die GPU warnt öffentlich vor falschen Ordensträgern, die sich in letzter Zeit mehren, da ein Lenin-Orden im "Privathandel" schon für 1,75 Rubel zu haben sei. Der "Orden der Roten Fahne" sogar schon für 50 Kopeken.

N.G.

Michael im Tunnel.^x

SPD. Wie eine wilde Stromflut, die im schäumenden Anlauf durch einen Felsspalt zu Tal schiesst und dann, ehe sie kaum den Talboden berührt hat, jäh erstarrt und doch so da liegt, dass der winzige Mensch am Boden erschreckt meint, sie könne jeden Augenblick mit der vereisten Wut des Wartens, wie ein Rudel Bluthunde aus einem hochgelassenen Gatter hervorschnellt, über ihn hinwegrasen und alles zerstören, was ihr im Wege steht, so liegt der Rhonegletscher vor Michael. Die Sonne strahlt und lockt aus den gewaltigen Eisspalten so viele Farben, dass ein Kind träumen könnte, hier liege das Lager, aus dem die Regenbogen ihre Buntheit holen.

Michael sitzt am Strassenrand und isst das Brot mit dem Käse, das er von den deutschen Arbeitern bei der Grimseltalsperre als Wegzehrung mitbekommen hat. Immer wieder schaut er mutlos nach dem Furkapass, nach der Strasse, die sich stundenlang auf die Berghöhe windet und ihn hinüber führen soll in das andere Tal, nach Andermatt. Er ist sehr müde. War schon der Weg über den Grimselpass anstrengend, wie soll er da erst den neuen Pass zwingen, der ihm höher dünkt und beschwerlicher zu erreichen als der erste? Die Absätze seiner Schuhe sind schiefgelaufen und die Sohlen durchgewetzt. Dazu kommt, dass er erst gegen Abend auf der Passhöhe ankommen kann und dort schliesslich keine Unterkunft findet. Fast möchte er wieder zurücklaufen und Italien aufgeben. Da fällt ihm etwas ein. Sein Heimathaus besteht aus zwei Teilen, die durch einen gemeinsamen Keller und dann durch die oberste Wohnung, die von beiden Hausfluren aus zu erreichen ist, verbunden sind. Wenn es nun Nacht geworden war und die Haustüren längst geschlossen waren und er von seinen Spielkameraden wieder ins Nebenhaus zur Mutter musste, die ängstlich wartete, dann fürchtete er sich vor dem Wege durch den dunklen Keller und lief die vielen Treppen hinauf zur obersten Wohnung, liess sich von den freundlichen Leuten nach der nächsten Tür, die ihn in sein Haus führte, begleiten und sprang dann fröhlich die Treppen wieder hinunter bis nach der Tür, hinter der seine Mutter schon ängstlich wartete. Jetzt musste er darüber lachen. Der Weg durch den Keller, oder den Tunnel, wie die Kinder ihn nannten, wenn sie Eisenbahn spielten, war doch der kürzeste und bequemste. Unter ihm laufen Eisenbahnschienen. Da ist sicher auch ein Tunnel, den er nur zu durchlaufen braucht, um das jenseitige Tal zu erreichen, ohne den langen Weg über den Berg zu gehen.

Erfreut über seine Entdeckung klettert er den Hang hinab, bis er nach den Schienensträngen kommt, und läuft an ihnen entlang. Dann balanziert er bald auf der rechten, bald auf der linken Schiene. Hin und wieder läuft er mit grossen Schritten von Schwelle zu Schwelle. Das macht sogar Spass. Das ist doch einmal etwas anderes als das langweilige Laufen auf den öden Strassen. Schön führen die Schienen schnurstracks auf die Bergöffnung hin, die noch klein vor ihm liegt, aber grösser und grösser wird, bis er davor steht und

zögert. Rauchige Kühle zieht heraus. Eine kurze Strecke weit sieht er den groben Schotter, die Schwellen und die Schienen, aber dann wird alles undeutlicher, unkenntlich und schwarz. Der Berg verschluckt das Licht. Michael zögert. Es ist doch gewisser und ungefährlicher, über einen Berg zu gehen, als durch ihn hindurch. Ueber einen Berg läuft man wie ein Sieger, der über seinen Feind hinwegschreitet, aber da im Tunnel ist man ein Wurm, über das die Schwere des Berges kommen kann. Doch zum Steigen ist er zu müde. Er denkt an die Nacht oben im Fels und Schnee. Langsam, und immer noch zum Umdrehen geneigt, schreitet er von Schwelle zu Schwelle ins Dunkel hinein. Oft dreht er sich um, sieht den immer kleiner werdenden Eingang, der sich langsam zu schliessen scheint, springt etwas schneller weiter und denkt: einmal muss ja auch der Ausgang so zuversichtlich leuchten wie der helle Punkt im Rücken.

Als er sich jedoch wieder umdreht, ist seine Zuversicht geschwunden. Dunkel ringsum. Stille. Die Stille hat eigentümliche Geräusche, die erst im eigenen Ohre zu entstehen scheinen. Manchmal erschreckt ihn ein Ton, der von einem in Wasser fallenden Tropfen oder Steinstückchen herrühren kann. Das alles kommt von fern oder nah, und die Dunkelheit macht es gleich fremd. Michael selbst ist sich fremd geworden, sieht sich nicht, auch die Hand sieht er nicht dicht vor den Augen, sieht all das andere nicht, als wäre er geblendet von allzu strahlendem Licht - wie ausgelöscht. Vorsichtig greift er umher. Aber es ist kein Umher mehr. Plötzlich fühlt er den Boden unter seinen Füßen wie eine Entdeckung und setzt vorsichtig Fuss vor Fuss, zögernd, als könnte er bei einem Schritt keinen Halt mehr unter sich haben. Die Dunkelheit atmet sich schwer. Die Hände streichen manchmal über das Gesicht, als wollten sie sagen: sieh da, wir sind deine Hände. Dabei fährt eine Hand über das Kinn. Aha, übermitteln die Finger, es kratzt. So, so, denkt Michael, wenn ich erst hierherat bin, werde ich mich rasieren müssen. Seine Füße stossen an die rechte Schiene. Ich werde mehr nach links gehen, mehr in die Mitte. Vielleicht hat der Tunnel eine Wendung nach links gemacht. Aber - was ist das? Die Luft zittert. Es ist, als käme etwas herangerollt. Von wo? Von hinten oder vorn, von oben, unten, links, rechts? Das Geräusch wird stärker, als stürze der Berg über ihn ein. Die Schwellen beben unter ihm. Aber es ist nichts zu sehen. Schweiss bricht aus. Die Knie zittern. Michael wankt, stolpert über eine Schiene und schlägt auf den groben Schotter.

Da kommt es auch schon heran mit blendenden Lichtkegeln und stiebenden Funkenschwärmen und wie um eine Biegung ein hell erleuchtetes Wagenfenster und das andre. Ein Zug. Michael rollt sich wie ein Wurm ganz zur Seite, legt sich in eine Pfütze und spürt die nasse, kalte Tunnelwand. Er drückt sich ganz dicht an den Felsen und starrt mit angstweiten Augen in die Helligkeit, die an ihm vorbeipoltert. Deutlich erkennt er die Menschen an den Fenstern, Frauen und Männer und ein Mädchen in einem roten Kleide mit weissen Punkten. Es isst Schokolade. Ein schönes Mädchen mit einem Lächeln, wie sie Margerittenblumen auf sonnigen Feldern haben. Das silberne Staniolpapier um die Schokolade glänzt noch lange in Michael nach, als die roten Schlusslichter des Zuges längst wie der verschwunden sind. Michael liegt in der Pfütze, auf Schotter, am Fels und hat das schöne Lächeln eines fremden Mädchens in den Augen. Mühsam erhebt er sich. Die Hände und ein Knie schmerzen. Die Kleider sind nass. Er achtete nicht darauf, tappt an der Tunnelwand entlang und sagt laut: wie konnte ich nur vergessen, dass auch Züge hier hindurch kommen! Jetzt entdeckt er auch die Nischen in der Wand, in die man sich hineinstellen kann, wenn ein Zug kommt. Mit einer Hand tastet er am Fels entlang, und mit der andern sucht er seinen Rasierapparat in der Tasche. Er findet ihn und läuft und läuft. Das Lächeln des Mädchens macht alles hell. Endlich leuchtet der Ausgang in sein Dunkel, wie Licht durch ein Schlüsselloch, durch das er als Kind staunend schaute, wenn hinter der Tür Ueberraschungen und Geschenke für ihn bereit gestellt wurden. Da geht er auch schon durch den Tunnelbogen wie durch eine plötzlich geöffnete Tür und staunt über die Sonne, kann sich nicht genug tun im An-

schauen eines blühenden Hanges und trinkt mit hastigen Zügen aus einem Bergwasser erfrischende Kühle. Er hat das lachende Mädchen vergessen, denn all das hier, das Licht und das Blühen und Hinfließen ist Lachen, ist Leben. Und wie er sich jetzt rasiert, ganz feierlich mit sorgsamem Bewegungen, denkt er nicht an Andermatt, dessen Dächer schon herüberblinken, und macht sich fei für den sonnigen Tag.

Später einmal, viel später, wird ihm einfallen, dass er im Tunnel alle die hat vorüberfahren sehen, die ihn in die Dunkelheit stiessen, und deren Welt er ersehnte, als er im Dreck lag und nur der nasse Stein sein Bruder war. Aber er wird meinen, das sei ein böser Traum gewesen.

Hannes Paesler.

Die Brücke als Verkehrshindernis.^x

SPD. So eigenartig es für nicht-holländische Ohren klingen mag, so sind doch in den holländischen Grosstädten, zumal in Amsterdam, manche Brücken mehr oder weniger zu Verkehrshindernissen geworden. Natürlich sind dies nicht die festen Brücken, die bei den Hunderten von Brücken der grachtenreichen holländischen Hauptstadt weitaus die Mehrzahl bilden, sondern die Aufzieh- oder Drehbrücken, die den Verkehr über die noch heute der Binnenschifffahrt dienenden Kanäle vermitteln. Diese Kanäle sind natürlich für Amsterdam eine Notwendigkeit. Ursprünglich dienten alle Binnenstadtkanäle oder Grachten der Schifffahrt; es war der Gesichtspunkt der Zweckmässigkeit und nicht der Schönheit, der bei ihrer Anlegung für den grossen Amsterdamer Städtebauer des 17. Jahrhunderts Hendrick de Keyzer bestimmend war. Zahlreiche Grachten dienen jedoch heute diesem ursprünglichen Zwecke nicht mehr und haben seit langem feste Brücken. Die Ringgrachten jedoch, die noch am Anfang dieses Jahrhunderts und selbst später noch an der Peripherie lagen, mussten auch fernerhin der Verbindung zwischen dem Y-Busen und dem holländischen Kanalnetz dienen. Hier hat man anstelle der festen Brücken elektrische Dreh- oder Aufziehbrücken.

In den letzten Jahrzehnten und namentlich in der Nachkriegszeit sind aber auch hinter diesen früher äussersten Ringgrachten grosse Stadtteile entstanden, die mehr und mehr die eigentliche Wohnstadt bilden. Allein Amsterdam West ausserhalb der Kostverlorenvaart zählt mehr als 60 000 Einwohner und wächst noch immer schnell. Somit führen zahlreiche Strassenbahnlinien nach diesen Stadtteilen, und der Automobil- und Fahrradverkehr ist erstaunlich gross.

Wenn nun die Drehbrücke aufgedreht oder die Aufziehbrücke aufgezo-gen ist dann stehen auf beiden Seiten einer solchen Brücke die Strassenbahnzüge in langen Reihen hintereinander. Autos warten mehr oder weniger ungeduldig daneben; und die Zahl der Radfahrer und Fussgänger, die ebenfalls aufgehalten werden, geht in die Hunderte. Jede Minute Verzögerung lässt auf beiden Seiten der Brücke den Strom mehr und mehr anschwellen. Endlich ist die Brücke wieder passierbar; die grossen eisernen Schranken werden geöffnet, und eine gewaltige Verkehrswelle ergiesst sich gemäss den Vorschriften der Verkehrsregelung unter polizeilicher Aufsicht auf beiden Seiten über die Brücke. Auf den Bürgersteigen laufen die Fussgänger, um die verlorene Zeit wieder einzuholen, und neben den sich langsam vorwärts schiebenden Strassenbahnen stürmen Autos und Radfahrer in buntem Knäuel dahin. Es vergehen mehrere Minuten, bis der normale Verkehr wieder hergestellt ist. Dennoch ist es dank der Gewandtheit der holländischen Radfahrer beider Geschlechter verhältnismässig selten, dass es dabei auf den Brücken zu ernstlichen Unfällen kommt.

Diese Brücken sind heute Verkehrshindernisse für alles, was über die Brücken will. Sie sind freilich notwendig für die Binnenschiffer, deren

Schiffe zu gross sind, um ohne Öffnung der Brücke hindurchzukommen. Sie stellen also für Amsterdam mit dem zunehmenden Wachstum der Stadt ein ernstes Problem dar. Schon heute wird von der Notwendigkeit neuer Umgehungskanäle gesprochen, die an die neue Peripherie der Stadt gelegt werden sollen, aber zu denen es in Anbetracht der Krise an den nötigen Mitteln gebricht. Die Interessen der Binnenschifffahrt und die des Strassenverkehrs sind für Amsterdam bei der gegenwärtigen Entwicklung der Stadt durch die Brückenfrage teilweise unvereinbar geworden.

Otto Burgemeister (Amsterdam).

Sprichworte vom Reisen.^x

.SPD. Die Gräfin Roudeira, die sich lange in Paris aufhielt, hat einmal gesagt: "Alle Nationen reisen anders. Der Engländer folgt seinem Geschmack, der Deutsche seinem Führer, der Franzose seiner Frau." Und sie vervollständigt diese Charakteristik mit den Worten: "Der Engländer will sehen, der Deutsche berücksichtigen, der Franzose gesehen werden. Das sind die Reismotive der Nationen

Ueber das Reisen ist in alter und neuer Zeit viel gesagt worden. So sing schon um 1650 Moscherosch, der unter dem Namen Philander von Sittewald bekannt ist: "Wer reisen will, der schweig' fein still, geh' steten Schritt, nehm' nicht viel mit, tret' an am frühen Morgen und lasse heim die Sorgen!" Ein anderer altdeutscher Dichter meint über das Reisen: "Wer allzeit hinterm Ofen sitzt, nur Grillen fängt und Hölzlein spitzt und fremde Lande nicht erschaut, der bleibt ein Faultier auf seiner Haut, hockt, als wär' er aufs Maul geschlagen, und muss nur hören, was andre sagen." Das ist ein wenig derb, aber zeugt von dem Reise- und Wandertrieb unsrer Vorfahren. Wie hoch das Reisen trotz aller Unbequemlichkeiten und Fährnisse geschätzt wurde, das zeigen die folgenden Zeilen des altdeutschen Dichters: "Wer aber ist gewesen weit und hat besucht fremde Leut', der wird geliebt von jedermann, weil er von Vielen reden kann. Wer nie kam raus, kam nie nach Haus, und ward ein grober Esel draus!"

Bekannt ist, was Matthias Claudius über das Reisen sagt. "Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen; drum nahm ich meinen Stock und Hut und tät das Reisen wählen." Diese Verse aus Urians Reise um die Welt sind in den Sprichwortschatz der deutschen Umgangssprache eingegangen.

Wie verschieden die Franzosen das Reisen werten, das geht aus zwei einander entgegengesetzten Aussprüchen hervor. "Ach, welche Qual gewährt das Reisen!" meint Scribe im "Fra Diavolo", und "Welche Lust gewährt das Reisen!" sagt Saint-Just.

Wer kennt nicht Lortzings Lied aus dem "Waffenschmied", das von einem jungen Springinsfeld erzählt und stets mit dem Refrain endet: "Das kommt davon, das kommt davon, wenn man auf Reisen geht!" Hier ist die Lehre nicht so positiv wie in Jean Pauls Ausspruch: "Nur Reisen ist Leben, wie umgekehrt das Leben Reisen ist." Dass ein Griesgram lieber zu Hause bleiben soll, meint auch Eichendorff, wenn er singt: "Recht lustig sei vor allen, wer's Reisen wählen will". - "Reisen bildet", sagt ein deutsches Sprichwort. Ein anderes Sprichwort wieder sagt: "Reisen kostet Geld, doch man sieht die Welt." Demjenigen, der kein Geld hat, um zu reisen, erteilt Friedrich Rückert einen guten Rat. Er sagt: "Am besten würdest du in einen Koffer packen dich lassen, oder auch im Mantelsack einsacken, und so auf Reisen gehn, wenn du nicht Geld gewannst, zu fahren ordentlich, und nicht zu Fuss gehn kannst." Mansieht, es hat auch schon früher Leute gegeben, bei denen das Geld zu knapp war, um die weite Welt kennen zu lernen. Dennoch hat die Reisezeit immer Jung und Alt hin

hinausgeführt, und mit oder ohne Sorgen, mit viel oder wenig Gepäck haben die Menschen hinausgefunden aus ihrem Alltag ans Herz der Natur. Deshalb: "Preist die Reisezeit! Alles steht bereit, Gott hat seine Welt für dich hingestellt!"

Walter Meckauer.

Besuch im Schnapsmuseum.^x

SPD. Das Schnapsmuseum ist kein Witz, sondern eine sehr ernste Angelegenheit. Es verdankt seine Existenz keinem trinkfreudigen Herrn, der in seinem Arbeitszimmer oder in seiner Wohnung plötzlich die Türe eines verborgenen Schrankes öffnet und seinen Gästen eine Batterie verlockender Flaschen mit der verschiedenartigsten, buntschillerndsten Inhalt zeigt. Es beherbergt auch nicht gerade die verlockendsten Alkoholika, vielmehr schlechte und minderwertige. Es ist das Museum der falschen Schnäpse, das sich dem Kampfe gegen Schwindler und gegen eine leider sehr häufige, anscheinend nicht abzurottende deutsche Untugend widmet.

Dass man Falsifikate sammelt, ist nichts Aussergewöhnliches. Mancher Briemarkensammler ist mit viel grösserer Leidenschaft hinter einer Fälschung her als hinter dem Original, und es gibt Münzliebhaber, die nur falsche Stücke sammeln, die oft mehr wert sind als die echten. Dass aber in dem Schnapsmuseum falsche falsche Schnäpse gesammelt werden, hat seinen guten und, wenn man die Paradoxie gelten lassen will, nüchternen Grund. Denn es gehört dem Schutzverbande der Spirituosenindustrie und sein Vater ist der Syndicus dieses Verbandes.

Dass es ein derartiges Museum überhaupt geben kann, ist der leidigen deutschen Untugend zu verdanken, die auf alles fliegt, was ausländisch ist oder unter ausländischen Namen und Flaggen segelt. Alles andere ist eben nach der bezeichnenden und gerade darum so traurigen Redensart "nicht weit her". Das macht sich unlautere Elemente speziell bei den Herstellern von Weinbränden und Schnäpsen zunutze und versehen ihre minderwertigen Erzeugnisse mit stolzen und blendenden Etiketten. Ist nur der Name unaussprechlich, dann fragt man leider nicht viel nach dem Inhalt. Es wird schon gut sein.

"Man sollte es nicht glauben," sagt der Herr des Schnapsmuseums, "was da alles geschwindelt wird, besonders jetzt, wo der Absatz durch die allgemeine Krise und durch die steuerliche Belastung des Schnapses ausserordentlich zurückgegangen und der Konkurrenzkampf besonders scharf geworden ist." Dabei holt er aus einem grossen Schrank, in dem eine Unmenge Flaschen stehen und ein Unzahl Akten liegen, einige seiner "Glanzstücke". Die unmöglichsten Namen geben diese Leute ihren Erzeugnissen. Es gibt kaum kein französisches Wort, das man da nicht findet; selbst die unsinnigsten sind vertreten. Einer nennt seinen Weinbrand "Boheme", einer "Roulléau & Co.", ein anderer "Barriere". Eine ganze Liste von "Mondscheinmarken" bekommt man zu sehen. "Mondscheinmarken" hat sie der Herr des Schnapsmuseums getauft, analog den Amerikanern, die den geschmackgelten Schnaps "Mondscheinschnaps" nennen, weil diese Erzeugnisse das Licht des Tages scheuen. Von überall her schickt man ihm diese "Museumsstücke", die irgendwo gekauft wurden. Aber sie bleiben zumeist nicht lange in diesen Schränken stehen, sondern wandern zum Staatsanwalt, zur Untersuchungshaft in das Institut für Gärungsgewerbe und in die Staatliche Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalt.

Dreifach ist zumeist das Vergehen der Hersteller dieser Schwindelmarken. Einmal verstossen sie durch das unwahre und irreführende Etikett in jedem Falle gegen die Bestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb und, da diese Marken mit den hochtrabenden Namen obendrein zumeist minderwertig sind, sehr oft auch gegen das Weingesetz oder gegen die Gesetze über die Nahrungsmittel. In allen Fällen wird Anklage erhoben, und zwar zuerst gegen den Kaufmann, der

die betreffende Flasche verkauft hat. Denn nach den Gesetzen macht sich nicht nur der Hersteller strafbar, sondern jeder, der die betreffende Ware verkauft, anpreist oder feilhält. Dann versucht man, die Hintermänner des Kaufmanns und die Hersteller des Falsifikates zur Rechenschaft zu ziehen. Das ist aber zumeist schon viel schwieriger, denn sie sind oft erst nach vieler Mühe und langem Suchen festzustellen. In der Regel sind es ja keine berufsmässigen Weinbrand- und Schnapsproduzenten, sondern dunkle Existenzen, oft selbst Vorbestrafte, die nur einmal ihren "Schnitt" machen wollen, eine grosse Menge herstellen und sie dann schnell und durch viele Hände vertreiben. Dass dieser Kampf nur gegen Schwindler und nicht gegen ausländische Erzeugnisse einwandfreier Herkunft geht, braucht nicht hervorgehoben zu werden, zumal da auch die Vertreter der ausländischen Firmen diesem Schutzverband angehören und ein besonderes Interesse daran haben, dass nicht mit ihrer Flagge Schindluder getrieben wird.

Aber nicht nur Weinbrände, sondern auch Liköre werden, wenn auch nicht in diesem Umfange, gefälscht. Hier bevorzugen die Schwindler meistens holländische Namen, oft in der kuriosesten Zusammenstellung, weil eine der bekanntesten Likörfirmen einen holländischen Namen hat, trotzdem sie rein deutsch ist, in Deutschland liegt und nur deutsche Liköre fabriziert. "Unser Kampf wäre nicht so schwer," so werden wir belehrt, "würden diese unredlichen Leute nicht immer so einer deutschen Liebhaberei schmeicheln. Auch auf andern Gebieten ist das ja leider so. Sie glauben nicht, wie sehr sich die Leute durch einen fremdländischen Namen blüffen lassen. Aber das wird man Ihnen in der Textilindustrie oder in der kosmetischen Branche genau so erzählen. Es ist eine Dummheit, für die jeder, der ihr erliegt, teuer zahlen muss."

Der Herr des Schnapsmuseums hat nicht etwa Schnaps, weil er Sorgen hat. Er hat berechnete Sorgen, weil er so viel falschen Schnaps hat.

"Aber damit Sie sehen, dass das alte Sprichwort doch seine Berechtigung hat, und nicht meinen, ich hätte nur falsche Schnäpse im Hause....."

Mit diesen Worten geht er an einen anderen, viel kleineren, privaten Schrank, wohl mit Flaschen gefüllt, aber nicht mit Akten, und holt eine Flasche mit bescheidenerem Etikett heraus: "Dieser da, für den kann ich garantieren....."

Mario Mohr.

SPD. Rochenfang in der Weichsel.^x Ein bisher in seiner Art einzig dastehender Fang wurde kürzlich, nach einer Mitteilung von W.J. Kulmatycki, in der Weichsel gemacht. 120 Kilometer von der Mündung entfernt wurde ein Rochen gefangen, also ein Meeresbewohner, der zu den nächsten Verwandten der Haie gehört. Die Rochen sind grösstenteils Grundbewohner warmer Meere und tropischer Ströme. Einige gebären lebendige Junge, die Mehrzahl aber legt viereckige, an den Enden in Schnüre ausgezogene, hornschalige Eier. Die Tiere sind, je nach der Art, 1 bis 4 Meter lang. Die in der Nordsee gefangenen Glattrochen, deren Fleisch sehr geschätzt wird, werden mehr als 1 Meter lang und bis 50 Kilogramm schwer. In der Ostsee kommen Rochen äusserst selten vor und sind in ihrem östlichen Teil noch niemals gesichtet worden. Das Auftauchen dieses Fisches in der Weichsel ist deshalb für die Zoologen ein ganz besonders beachtenswertes Ereignis.

SPD. Die Deutschen sind, wenigstens auf dem Gebiet der Philosophie, so sehr an das Unverständliche, Schwülstige, Verworrene gewöhnt, dass ihnen gerade das Verständliche das Unverständliche, das Klare das Dunkle, das Begreifliche das einzig Unbegreifliche ist.

Ludwig Feuerbach.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 22. Juni 1932.

Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Lesung der neueingebrachten Amnestiegesetze.

Abg. Gehrman (Soz.): Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion habe ich die folgenden Erklärungen abzugeben:

In den Landtagssitzungen vom 15. und 16. Juni haben bei der Debatte über den Amnestiegesetzentwurf die Redner dreier Fraktionen, der deutschnationalen, der kommunistischen und der nationalsozialistischen, gegen den Redner der Sozialdemokratischen Fraktion, den Abg. Kuttner, schwere Vorwürfe persönlicher Art erhoben, die in der Drohung des Redners der Nationalsozialistischen Fraktion gipfelten, dass der Abg. Kuttner zum letzten Mal in diesem Landtag gesprochen habe.

Die Sozialdemokratische Fraktion weist jede Drohung, eins ihrer Mitglieder im Landtag nicht reden zu lassen, mit Entschiedenheit zurück. (Beif. b.d. Soz.) sie wird sich ihr Recht, in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung ihre Redner selbst und ausschliesslich zu bestimmen, von keiner anderen Fraktion nehmen lassen, und sie wird dies ihr Recht mit allen Mitteln verteidigen. (Erneuter Beifall)

Darüber hinaus stellt die Sozialdemokratische Fraktion fest, dass die gegen ihr Mitglied, den Abg. Kuttner, von den genannten Rednern erhobenen Vorwürfe seit Jahr und Tag durch eine Reihe von öffentlichen Gerichtsverhandlungen und rechtskräftigen Gerichtsurteilen restlos widerlegt sind. Erst vor kurzer Zeit musste unter dem Eindruck einer neuerlichen Gerichtsverhandlung ein deutschnationales Parteiblatt, der im Hugenberg'schen Scherl-Verlag erscheinende "Tag" in Nr. 262 vom 1. November 1931 dem Abg. Kuttner wegen Wiederholung dieser Vorwürfe öffentlich Abbitte leisten, und sich mit Unkenntnis der früheren Gerichtsurteile entschuldigen. Wenn trotzdem kurze Zeit darauf der deutschnationale Fraktionsredner Dr. Zubke diese Vorwürfe unter dem Schutz der Immunität von neuem im Parlament vorträgt, so richtet sich ein solches Verhalten von selber. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

In der Sache selbst ergeben die vorliegenden rechtskräftigen Gerichtsurteile übereinstimmend folgendes: Der in angetrunkenem Zustand befindliche, später getötete Soldat des Regiments Reichstag - Eichhorn, wurde von der Patrouille Kuttners dabei betroffen, wie er in einem Hof Schüsse auf die Fenster von Wohnungen abgab. Dem Befehl, seine Waffen abzugeben und sich abführen zu lassen, folgte Eichhorn nicht, setzte ihm vielmehr heftigsten Widerstand entgegen. Die Entwaffnung Eichhorns wurde gewaltsam durchgeführt, jedoch gelang es dem tobenden Eichhorn, noch zweimal sich in den Besitz von Waffen zu setzen. Hierbei geriet er in steigende Wut und machte schliesslich eine einem Soldat der Patrouille entrissene Stielhandgranate abzugsfertig. In dem Augenblick, in dem Eichhorn die Abzugsschnur der Handgranate erfasste, wurde er von Kuttner erschossen.

Nach diesen Feststellungen, die vier preussische Gerichte unabhängig voneinander getroffen haben, bleibt an der Person des Abg. Kuttner, nicht der geringste Makel haften. (Lebh. Beifall b.d. Soz.)

Die Tatsache, dass die ungeheuerlichen Angriffe gegen die Sozialdemokratische Fraktion, insbesondere gegen unser Fraktionsmitglied Kuttner, gerade von Herrn Freisler erhoben worden sind, zwingen zu Feststellungen über die Persönlichkeit des Herrn Dr. Freisler, die der Sozialdemokratischen Fraktion durch seine Kampfesweise geradezu aufgezwungen worden sind.

Der Abg. Freisler ist nach Angabe des "Völkischen Beobachters" vom 16. 6. 1932 früher Kommunist und bolschewistischer Lebensmittelkommissar in Russland gewesen. Seit 1924 ist er Rechtsanwalt und Stadtverordneter in Kassel; er ist

in nicht weniger als 5 ehrengerichtlichen Strafverfahren durch Ehrengerichte seines Berufsstandes, der Anwaltskammer in Kassel bzw. des Ehrengerichtshofes in Leipzig wegen standesunwürdigen Verhaltens und, soweit bekannt, in zwei strafrechtlichen Verfahren durch die ordentlichen Gerichte verurteilt, wegen leichtfertiger Beleidigungen und Hausfriedensbruchs, worden.

Durch ein Urteil der Strafkammer des Landgerichts in Kassel vom 11.6.1927 ist der Abg. Freisler in seiner Privatklegesache gegen den Hauptschriftleiter des "Kasseler Volksblatt" in einer Weise gekennzeichnet worden, die nicht unerwähnt bleiben kann. Behauptet hatte das "Kasseler Volksblatt": Dr. Freisler hat namens einer Firma Manus Katzenstein, deren Aktienmehrheit sich im Besitz eines Klienten und Geschäftsfreundes Dr. Freisler, des Maurermeisters und Rittersgutsbesitzers Lichtenberg befanden, bei der Städtischen Sparkasse in Kassel in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt und Stadtverordneter einen Antrag auf Gewährung eines Hypothekendarlehens in Höhe von 230 000 Mark eingereicht und schriftlich wie mündlich über die geschäftlichen Aussichten und Verhältnisse der Firma ausserordentlich zuversichtliche Angaben gemacht, obwohl er seit Februar 1926 von der gegen Lichtenberg schwebenden Voruntersuchung wegen mehrfachen Betrugs und wissentlich falscher Abgabe eines eidesstattlichen Versicherungskennntnis gehabt habe.

Das Gericht hat in seinem Urteil festgestellt: "Man kann nicht annehmen, dass die Tatsache der schwebenden Voruntersuchung dem Privatkläger zu der hier fraglichen Zeit aus dem Gedächtnis entschwunden war. War er sich aber, wie das Gericht nach Sachlage annehmen muss, dessen bewusst, so durfte er - auch wenn er, was bei einem Rechtsbeistand und Vertreter fremder Interessen sehr leicht ist - geneigt war, an die Unschuld seines Klienten zu glauben, sich doch als Stadtverordneter mit dieser subjektiven Einstellung nicht begnügen."

Das Gericht hat weiter einen noch schwereren Vorwurf als wahr festgestellt: Obgleich Dr. Freisler im Oktober 1926 sehr starken Verdacht gehabt habe, dass Lichtenberg sich des schweren Bankrotts, mehrfachen Kreditbetrugs und der Wechselreiterei schuldig gemacht habe, habe er sich nicht gescheut - offenbar auch aus persönlichen Gründen finanzieller Natur - mit Lichtenberg nicht nur als Rechtsbeistand, sondern auch als Mitarbeiter im Aufsichtsrat der Firma Kasseler Maschinenwerke geschäftlich zusammen zu arbeiten. Die Strafkammer in Kassel ist in ihrem Urteil in diesem Punkt zu der Auffassung gelangt, "dass es schon keineswegs zu billigen ist und als unzulässig erscheinen muss, wenn Dr. Freisler trotz eingehender Kenntniss der schwerwiegenden Anklagepunkte in der schwebenden Voruntersuchung gegen Lichtenberg sich bereitgefunden hat, mit einer derartigen Persönlichkeit im Aufsichtsrat der Kasseler Maschinenwerke zusammen tätig zu sein", da er ohne weiteres mit der nahen Möglichkeit der strafbaren Handlung in dem einen oder anderen der zahlreichen Anklagepunkte rechnen musste. "Er musste es daher auf alle Fälle vermeiden", sagt das Urteil, "mit einem Manne wie Lichtenberg in nahe persönliche Beziehungen zu treten und in unmittelbarer Zusammenarbeit mit ihm für gemeinsame geschäftliche Interessen tätig zu werden". Das Urteil fährt dann wörtlich fort: "Bestand also beim Privatkläger Dr. Freisler der dringende Verdacht auf Betrug und Wechselreiterei gegen Lichtenberg, so musste er, unbeschadet seiner Verteidigertätigkeit jede nähere Beziehung, wie sie insbesondere die Vereinbarung in der Stadthalle ihrem Inhalt und Zweck nach voraussetzt und festlegt, meiden, da es für ihn als Rechtsanwalt und Stadtverordneten unangänglich war, mit einer Persönlichkeit von der Art Lichtenbergs an einem Tische zu sitzen". (Grosse Bewegung u. stürm. hört! Hört! b. d. Soz.)

Zur Sache selbst erklären wir folgendes: Durch den vom Landtag angenommenen sozialdemokratischen Antrag auf Drucksache Nr. 262 wird ein erheblicher Teil des Zweckes einer vernünftigen Amnestiegesetzgebung praktisch erreicht. Doch bedarf der so geschaffene Zustand noch der festen rechtlichen Grundlage. Sie

kann nur gegeben werden durch ein förmliches Amnestiegesetz, an dem die Sozialdemokratische Landtagsfraktion mitzuarbeiten bereit ist, soweit seine Auswirkungen sich im grundsätzlichen Rahmen einer Amnestie für minderschwere Fälle halten.

Auch wie vor lehnt aber die Sozialdemokratische Fraktion es entschieden ab, einer unbegrenzten Amnestie auch für die schwersten Verbrechen zuzustimmen (Sehr wahr! b.d. Soz.) Die Sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, dass ein mitbestimmendes politisches Motiv allein nicht genügen kann, um auch die nach Art und Folge schwersten Straftaten von jeder Strafe freizulassen. Das entspräche nicht der Gerechtigkeit. Auch würde eine solche Amnestie keineswegs dem Ziel einer allgemeinen Befriedung dienen. Eine unbegrenzte Amnestie würde im Gegenteil zur Verschärfung des politischen Terrors und zur Ermutigung eines gewissen Raufboldtums führen, dessen Taten mit Politik nichts gemein haben.

Diese Auffassung findet ihre volle Bestätigung in den Ereignissen der letzten Tage. Selbst die Presse der Parteien, die die weitestgehenden Amnestieforderungen gestellt haben, kann sich der Tatsache nicht mehr verschließen, dass seit der Ankündigung einer allgemeinen Amnestie ein gewaltiges Anwachsen der öffentlichen Unruhen und des blutigen Terrors zu verzeichnen ist. So schreibt der Berliner "Angriff" vom 20. Juni 1932: "Offener Bürgerkrieg rast durchs Land". Es zeigt sich bereits, zu welchen Zuständen die bloße Ankündigung einer unbegrenzten Amnestie führt. Ihre Verwirklichung würde eine weitere Steigerung der Unruhen, eine gewaltige Vermehrung des vergossenen Blutes bedeuten. (Sehr richtig! b.d. Soz.) Für solche Folgen lehnt die Sozialdemokratische Fraktion jede Verantwortung ab. Sie schiebt die volle Schwere der Verantwortung den Parteien zu, die die Hoffnung auf uferlose Amnestie und durch Streichung eines festen Stichtages in dem früheren Amnestiegesetzentwurf sogar die Hoffnung auf künftige Amnestie geweckt haben.

Der Sozialdemokratischen Fraktion erscheint es als unvereinbar mit der Rechtssicherheit, die der Staat dem friedliebenden Bürger zu garantieren hat, wenn auch die allerschwersten Gewaltverbrechen gegen Leib und Leben und gegen die öffentliche Sicherheit - und gar noch völlig bedingungslos - in die Amnestie einbezogen werden. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Es erscheint unerträglich für das Rechtsgefühl, dass die zahlreichen politischen Totschläger, deren Taten allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres vierzig Todesopfer verursacht haben, auch nicht einen einzigen Tag ihrer Strafe verbüssen, zum grossen Teil nicht einmal abgeurteilt werden sollen. Es ist dies auch ein schreiendes Unrecht angesichts der Tatsache, dass wegen viel leichterer Vergehen verurteilte Täter in den letzten Jahren ihre Strafen voll verbüsst haben.

Ebenso widerstreitet es dem Rechtsgefühl, dass auch solche Personen Straffreiheit erlangen, die durch die Wahl besonders unlauterer Mittel als gnadenwürdig zu betrachten sind. Wir rechnen hierzu z.B. die Täter, die durch wissentlich falsche Anschuldigungen in einzelnen Fällen sogar durch Meineide versucht haben, unschuldige politische Gegner zur Bestrafung zu bringen.

Ähnliches gilt hinsichtlich einer bestimmten Art von Verleumdern, die bei der jetzigen Art des politischen Kampfes eine besondere Rolle spielen. Die Sozialdemokratie, gegen deren führende Männer seit Jahren ein Hetzfeldzug der Verleumdungen und Ehrabschneidereien übelster Art geführt wird, hat keinen Anlass, dieses Verleumdertum der Bestrafung, noch viel weniger der verdienten öffentlichen Bloßstellung zu entziehen. Auch der Staat hat nicht das Recht, sich über die dringendsten Interessen der von Verleumdung und Ehrverächtigung Bedrohten einfach hinwegzusetzen. In fast allen Fällen bietet eine Strafklage dem Verleumdeten die einzige Möglichkeit zum Schutz seiner Ehre.

Ihm diese nehmen, heisst jeden Politiker zum Freiwild der Verleumdung machen.

Wir betonen hierbei, dass gerade auch der anständige Teil der Angeklagten in politischen Beleidigungsprozessen kein Interesse an einer Amnestie, sondern an der Durchführung des Verfahrens hat. Bei früheren Amnestien haben sich gerade diejenigen Angeklagten, die aus ernsthaften sittlichen Interessen heraus ihre Anschuldigungen erhoben hatten, bitter darüber beschwert, dass ihnen durch die Amnestie die von ihnen gewünschte Möglichkeit genommen worden war, vor der Öffentlichkeit den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen zu erbringen. Eine schematische Amnestie für Beleidigungen liegt daher weder im Interesse der Verletzten noch der anständigen Angeklagten, sondern lediglich im Interesse eines gewissenlosen politischen Verleumdertums. (Stürmischer langanhaltender Beifall b.d. Soz.)

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte hat die Sozialdemokratie einen eigenen Amnestiegesetzentwurf eingebracht. Ihr Verhalten zu anderen Gesetzentwürfen wird sie davon abhängig machen, wie weit die hier vorgetragenen Gesichtspunkte in diesen Gesetzentwürfen zur Verwirklichung gelangen.

Abg. Kube (NSDAP) erklärt, dass es ihm völlig gleichgültig sei, was die Judenjugenden in den Anwaltskammern über Herrn Freisler geurteilt hätten. (Stürm. Beifall b.d. Nat. Soz.)

Ang. Zubke (Dnat.): So darf man u.E. über die Ehrengerichts der Anwaltschaft nicht sprechen. (Wütende Proteste bei den Nat. Soz. - die Nat. Soz. verlassen den Sitzungssaal).

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird das Amnestiegesetz in erster und zweiter Lesung nach den nationalsozialistischen Anträgen mit den deutsch-nationalen Änderungen angenommen, dass es nur Straftaten bis zum 15. Juni betrifft und Mord, Meineid und Religionslästerung ausschliesst.

Es folgt die enggültige Wahl des Präsidiums.

Abg. Pieck (KPD) beantragt, eine Pause von einer Stunde. Die KPD habe dem Zentrum und den Sozialdemokraten Bedingungen gestellt, unter denen sie für deren Präsidentschaftskandidaten gegen die Faschisten stimmen wollten. Beide Parteien hätten abgelehnt. (Hört, hört! b.d. Komm.) Die kommunistische Fraktion sei jetzt bereit, für die Kandidaten des Zentrums und der SPD. auch ohne Bedingungen zu stimmen, falls kein Faschist in das Präsidium des Landtags käme.

Abg. Heilmann (Soz.): Wir haben keinen Vorschlag der Kommunisten abgelehnt. Wir haben uns sogar mit keinem Vorschlag beschäftigt. Uns interessieren derartige Vorschläge erst dann, wenn sich die Aussicht eröffnet, wirklich eine antifaschistische Mehrheit zu bilden. Diese zu bilden sind wir ohne alle Bedingungen jederzeit hier bei der Präsidentschaftswahl und sonst bereit. (Lebh. Beif. b.d. Soz.)

Bei der Wahl der Präsidentschaft enthält sich das Zentrum der Stimme. Es erhalten Kerl (Nat. Soz.) 197, Wittmaack (Soz.) 91 und Kasper (Komm.) 53 Stimmen. Kerl ist gewählt und nimmt unter lauten Heilrufen der Nationalsozialisten die Wahl an.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten kommen der von den Nationalsozialisten vorgeschlagene Dr. von Kries (Dtn.) und Abg. Wittmaack (Soz.) in die Stichwahl. In dieser Stichwahl geben die Kommunisten ungültige Stimmzettel ab. Dr. von Kries wird daher mit 182 Stimmen gegen 174 Stimmen von Wittmaack gewählt. Zum zweiten Vizepräsidenten wird Abg. Baumhoff (Ztr.) mit 184 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gegen 53 Stimmen der Kommunisten gewählt. 146 Stimmzettel der Deutschnationalen und Nationalsozialisten sind unbeschrieben.

Abg. Baumhoff: Ich behalte mir eine Erklärung über die Annahme der Wahl vor.

Zum dritten Vizepräsidenten wird Abg. Haake (Nat. Soz.) mit 189 Stimmen

der Rechten gegen 53 Stimmen der Kommunisten gewählt. Zentrum und Sozialdemokraten beteiligen sich an der Wahl nicht mehr.

Präsident Kerl schlägt hierauf Vertagung vor. Auf der Tagesordnung der Donnerstagsitzung sollen stehen der Missbilligungsantrag der Sozialdemokraten gegen den Landtagspräsidenten Kerl, die Fragen der Wohlfahrtsunterstützung und der Kulturreaktion.

Abg. Borok (Dtn.): Warum nicht die Ministerpräsidentenwahl? Wir müssen unbedingt den Versuch machen, Braun zu beseitigen.

Abg. Kube (Natsoz.): Wir haben nicht die Absicht, die Schwierigkeiten des Kabinetts Braun vorzeitig zu beenden. Wir sind bereit, die volle Verantwortung zu übernehmen; aber wir kriechen weder unter das kardinische Joch einer Koalition noch machen wir das Affentheater einer ergebnislosen Ministerpräsidentenwahl mit.

Abg. Pieck (Komm.): Die Nationalsozialisten haben ja selbst den Antrag zurückgezogen, die alte Geschäftsordnung wieder herzustellen. Trotz der geschwollenen Worte steuern Zentrum und Nationalsozialisten auf eine Koalition hin.

Abg. Kube (Natsoz.): Hat es Herr Pieck so eilig mit einer Naziregierung? Dann würde den kommunistischen Mördern in Berlin das Handwerk gelegt werden. Statt dessen werden jetzt unsere Leute einzeln abgeschlachtet, und der Polizeipräsident sitzt hier im Hause, statt seine Schuldigkeit zu tun. (Laute Ent-rüstungs- und Drohrufe bei den Natsoz.)

Abg. Grzesinski (Soz.): An den Mitteilungen des Abg. Kube ist kein wahres Wort. (Grosser Lärm b.d. Natsoz.) Ich tue meine volle Pflicht und bin dafür zwar nicht den Nationalsozialisten, aber dem Staatsministerium und meinem Gewissen verantwortlich. Ruhe und Ordnung wird in Berlin gesichert, soweit das mit polizeilichen Mitteln überhaupt möglich ist. Wenn alle Parteien ihre Anhänger zur Selbstbeherrschung ermahnen wollten, liesse sich das Blutvergiessen leicht einschränken. (Stürm. Beifall bei den Soz.)

Abg. Pieck (Komm.) Wir rücken von allen Gewalttätigkeiten ab.

Abg. Graf Helldorf (Natsoz.) beschwert sich darüber, dass der Kommissar vom Dienst im Polizeipräsidium auf eine Bitte von 25 SA.-Leuten um Schutz ablehnend geantwortet habe.

Abg. Grzesinski (Soz.): Wenn das wahr ist - ich werde es untersuchen - hat der Kommissar falsch gehandelt.

Der Antrag, die Ministerpräsidentenwahl auf die Tagesordnung zu setzen, wird gegen Deutsch-Nationale und Kommunisten abgelehnt. (Heiterkeit) Es bleibt bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.